Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1913

100 (30.4.1913) Erstes Blatt

Visual Library

No. 100. 1. Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 30. April 1913 33. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten.

Der belgische Frühling.

Belgien ist das erste Wort, das sich allen über die Lippen drängt, wo immer der erste Mai gefeiert wird. Aus Belgien hat sich der Maigedanke neue Kraft geholt. Durch Belgien ist er wieder geworden, was er von Anfang an hatte sein sollen.

Der erste Mai war im Geist seiner Schöpfer nicht nur ein Tag gemeinsamer Kundgebung für die großen Kulturziele der internationalen Arbeiterbewegung, er war auch ein Bekenntnis zu einem großen Kampfmittel, durch dessen Anwendung jene Ziele erreicht werden sollten. Zum Weltfrieden und zum Achtstundentag sollte das Proletariat vorwärts schreiten nicht nur auf dem Wege der Propaganda und der parlamentarischen Arbeit, sondern auch vor allem durch die allgemeine gleichzeitige Arbeitseinstellung, durch den Massen- oder Generalstreik.

Am ersten Mai sollten nun die Arbeiter sich selber zeigen, was sie konnten. Indem sie der bürgerlichen Gesellschaft einen Ruhetag aufzwangen, dokumentierten sie ihre Kraft, setzten sie sich als Machtfaktor der Gesellschaft bei Freund und Feind in Achtung, gewannen sie Mut und Fähigkeit, das Mittel, das sie am ersten Mai gleichsam nur spielerisch erprobten, eines Tages mit voller Wucht zur Anwendung zu bringen.

Das war der Maigedanke in seinen ersten Anfängen und so wurde er vor bald 25 Jahren von Hunderttausenden aufgenommen mit einer Begeisterung, die mit den Schwierigkeiten des Unternehmens nicht rechnete. Das ist aber eine unvermeidliche Begleiterscheinung jeder starken Initiative, daß sie die vorhandenen Hindernisse unterschätzt. Rückschläge — ohne die ein großes Werk selten zur Vollendung emporsteigt — mußten eintreten und man weiß, daß sie eingetreten sind. Der Zielgedanke der Maidemonstration — Völkerfreiheit, Völkerfrieden — kam dank der wachsenden politischen Einsicht zu immer klarerer Ausprägung. Die Bedeutung des ersten Mai als Demonstrationstag für die allgemeine Arbeitsruhe trat immer weiter in den Hintergrund und der erste Mai wurde dadurch stückweise dessen beraubt, was den eigentlichen Kern seines Wesens ausmacht.

Dieser Niedergang des Maigedankens kam nicht etwa von einem Rückgang der Arbeiterorganisationen, die sich vielmehr im gleichen Zeitraum allenthalben vermehrten, sondern von veränderten Gedankenrichtungen, die den Generalstreik seines Nimbus als revolutionäres Allheilmittel beraubten und andere ruhiger wirkende Mittel an seine Stelle setzen. Verlor aber der Massenstreik zu politischen Zwecken seine taktische Bedeutung, so war die Arbeitsruhe vom ersten Mai als Symbol und Vorspiel zwecklos oder sicher die Opfer nicht wert, die ihre straffe Durchführung erforderte.

Jetzt aber hat Belgien gezeigt, daß der politische Massenstreik noch lebendig und wirksam ist. Er hat das Proletariat in seinem Kampfe ums Recht mit einem Ruck um ein tüchtiges Stück vorwärts gebracht. Er hat sich dabei in so wunderbarer Ruhe und Ordnung vollzogen, daß die so oft gehörte Auffassung, der Massenstreik bedeute den blutigen Straßenkampf, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Und vor allem, er hat die Kämpfer nicht geschwächt, sondern gestärkt, er ist nicht zusammengebrochen, sondern abgebrochen worden und kann jederzeit wieder aufgenommen werden. Er bleibt wirksam nicht nur durch das, was er geleistet hat, sondern vielmehr durch das, was von ihm noch erwartet wird. Als ständige Drohung liegt er fortab auf der Brust der belgischen Machthaber, und dieser Alb, der sie Tag und Nacht beunruhigt, wird nicht eher von ihnen weichen, als bis die Forderung des Volkes ihre Erfüllung gefunden hat.

So strömt von dem siegreichen Wahlrechtsstreik des belgischen Proletariats frisches Leben in die Maifeier hinüber. Die Auferstehung des politischen Massenstreiks ist zugleich eine Wiedergeburt des ersten Mai.

Von Belgien her ist den Proletariern aller Länder die Erneuerung der alten Erkenntnis gekommen, was Einigkeit und energisches Wollen auszurichten imstande sind. Und wem wäre diese Erkenntnis notwendiger als dem deutschen, vor allem dem preußischen Arbeitervolk, das nach Erschöpfung aller bisher üblichen Mittel im Wahlrechtskampfe sich von seinem Ziel noch immer weit entfernt sieht! Das verlogene Spiel, das in Preußen mit der Wahlreform getrieben wird, gibt dem Volk schon längst das moralische Recht zur Verwendung aller zweckdienlicher, erfolgversprechender Mittel. Mag sich das preußische Volk von dem gleichen Selbstbewußtsein durchdringen lassen, mit gleicher Energie, Leidenschaft und — Selbstbeherrschung seinem Ziel zustreben, dann wird dem belgischen Frühling der preußische folgen.

Was für die Völker das Recht demokratischer Selbstbestimmung ist, lernen wir jetzt aus den Vorgängen der großen Politik alle Tage. Die Knechtschaft ist der Völker Verderben. Ihre Freiheit sichert ihnen die Möglichkeit friedlichen Daseins neben einander. Drum nieder mit der chauvinistischen Minderheitsregierung, fort mit Rüstungstreibern und Kriegshetzern! Wir demonstrieren am 1. Mai für jenen wahren Patriotismus, der jedem Volk, nicht bloß dem eigenen, das Recht und die Möglichkeit verleiht, sein Vaterland zu lieben, für Völkerfrieden, Völkerverbrüderung! Und wenn an diesem ersten Mai Belgien unser erstes Wort sein mag, so sei Frankreich unser zweites! Demokratie in Preußen und Freundschaft mit Frankreich, das sind die beiden nächsten und wichtigsten Etappen im kulturellen Aufstieg der Völker. Ein Weg von schier unüberwindbaren Hindernissen liegt vor uns.

Aber was Belgien gelang, muß auch anderwärts gelingen. Belgien hat uns wieder im Glauben an die Kraft des ersten Mai gefestigt, an eine nahe siegreiche Zukunft des internationalen Proletariats.

Die Heeres-Vorlage in der Budgetkommission.

Am Montag vormittag trat die Budgetkommission des Reichstages zur Beratung der Heeresvorlage zusammen. Zur geschäftlichen Behandlung erklärte der Vorsitzende, Abg. Spahn, daß sowohl die Heeres- wie die Deckungsvorlage einer zweiten Lesung unterzogen werden müsse. Erst solle die Heeresvorlage vorgenommen werden und dann auch in erster Lesung die Deckungsvorlage folgen.

Abg. **Schiffer** erhob namens der Nationalliberalen gegen eine zweite Lesung lebhafte Bedenken. Bisher sei das nicht üblich gewesen, und eine zweite Lesung hindere die schnelle Erledigung; konzentrierte Behandlung sei notwendig.

Abg. **Fischbeck** schloß sich den Bedenken Schiffers an. Eine zweite Lesung könne nur verhindern, daß am 1. Oktober die Heeresvorlagen in Kraft treten können. Eine Verkoppelung der Wehr- und Deckungsvorlage sei nicht zu empfehlen.

Gen. **Haase** erklärte sich namens der Sozialdemokraten für zwei Lesungen. In welcher Reihenfolge die zweite Lesung vorgenommen werde, müsse abgewartet werden. — Abg. Graf **Westarp** trat für den Vorschlag des Vorsitzenden ein. Die zweite Lesung sei schon deshalb notwendig, weil die Gestaltung der Wehrvorlage von der Gestaltung der Deckungsvorlage abhängt. — Abg. **Erzberger** beantragte schriftliche Berichterstattung an den Reichstag. — Abg. **Speck** (Zentrum) forderte, daß das Protokoll der Kommission allen Mitgliedern des Reichstags zugängig gemacht wird. Er für seinen Teil werde nicht die Zustimmung zur Wehrvorlage geben, wenn nicht auch gleichzeitig die Deckungsvorlage erledigt wird.

Der **Kriegsminister** betonte, daß die Regierung den allergrößten Wert darauf lege, daß die Gesetze noch im Juni verabschiedet werden, weil sonst die Heeresvorlage am 1. Oktober nicht durchgeführt werden kann, infolge der bei einer späteren Verabschiedung eintretenden technischen Schwierigkeiten.

Die Kommission beschloß hierauf im Prinzip, zwei Lesungen eintreten zu lassen. — Abg. **v. Puttlitz** erläuterte als Berichterstatter kurz die in der Vorlage enthaltenen Forderungen. — Abg. **Erzberger** verlangte, daß zuerst darüber debattiert wird, ob das Menschenmaterial dazu vorhanden ist. In der geheimen Besprechung haben die Teilnehmer wirklich nicht viel neues erfahren. Er stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Heeresvorlage notwendig ist, weil Rußland stark gerüstet hat und heute in sehr schneller Zeit eine Mobilmachung durchführen kann. Früher war man der Meinung, daß bei einem Kampfe nach zwei Fronten, Deutschland Frankreich werde schlagen können, bevor Rußland seine Mobilmachung durchzuführen vermag. Das hat sich nun geändert. Um die Ostgrenze vor dem Einmarsch der Russen zu wahren, ist die Heeresvermehrung notwendig. Die Grenzkorps müssen schon im Frieden kriegsgemäß ausgestaltet sein. Die Infanterievermehrung ist erforderlich; fraglich bleibt die Vermehrung der Kavallerie um 6 Regimenter. Die Verwaltung habe noch vor wenigen Jahren Abneigung gegen die Kavallerievermehrung gehegt. Wichtig sei die Frage der Rekrutenziffern. Heute seien, nach früheren Angaben der Militärverwaltung, 23 000 taugliche Pflichtige vorhanden, die nicht ausgehoben werden. 63 000 Mann sollen aber fortan jährlich mehr ausgehoben werden. Es fehlen also etwa 40 000 Mann. Wie sollen die beschafft werden? Soll etwa auf militärisch nicht leistungsfähige Mannschaften gegriffen werden?

Gen. **Haase**: Wir haben uns zu fragen: ist die Vorlage notwendig? Auch wir Sozialdemokraten wünschen nicht, daß im Kriegsfalle unsere Ostseeprovinzen von russischen Kosaken überschwemmt werden. Aber wenn man auch den Ernst der gegenwärtigen politischen Lage zugibt, kann gesagt werden: die Heeresvermehrung ist nicht nötig! Uebrigens wird die politische Lage von der Regierung zu Unrecht so schwarz gemalt. Wenn es wahr sein sollte, daß Italien sich weigern würde, im Kriegsfalle Truppen auf einen österreichisch-russischen Kriegsschauplatz zu senden, was habe dann der Dreibund für einen Wert? Und wenn die österreichische Armee so schlecht sein sollte, wie sie oftmals geschildert wird, müßte Deutschland die größten Opfer bringen und am meisten bluten. Von der durchaus friedlichen Gesinnung der deutschen Regierung sei auch die Sozialdemokratie überzeugt. Warum denn die fortgesetzten Rüstungen, die immer wieder neue Beunruhigung unter den Völkern hervorrufen? Es liegt auch kein einziger Beweis dafür vor, daß Frankreich einen Angriff gegen Deutschland plant. Allerdings ist in weiten Kreisen des französischen Volkes die Befürchtung vorhanden. Deutschland werde zum Angriff schreiten. Darum müsse die deutsche Regierung alles tun, um diese ungerechtfertigte Befürchtung zu zerstreuen. In England herrschte lange Zeit die gleiche Auffassung, die jetzt anscheinend im Schwinden begriffen ist. Eine Verständigung bahnt sich an. Wir Sozialdemokraten sind bisher immer verhöhnt worden, wenn wir einer solchen Verständigung das Wort redeten. Zwischen Deutschland und Frankreich muß ein durchaus friedliches Verhältnis angestrebt werden. Die Haltung der reichsländischen Bevölkerung sowie die neue Verfassung für die Reichslande haben bereits wesentliche Dienste geleistet. Kommt es zwischen Deutschland und Frankreich zu einer aufrichtig friedlichen Politik, so schwindet die russische Gefahr. Die Erledigung der Lunéviller Affäre ist ein erfreuliches Vorspiel. — Gen. Haase erörterte dann die gemeingefährliche Tätigkeit des Deutschen Wehrvereins. Ist die Behauptung dieses Vereins wahr, daß Deutschland im Kriegsfalle die Neutralität Belgiens nicht respektieren werde? Aus maßgebenden belgischen Kreisen wird uns versichert, daß dort diese Befürchtung allgemein gehegt wird. Hier müsse beruhigende Aufklärung geschaffen werden. — Sodann kam Gen. Haase auf die Situation auf dem Balkan zu sprechen. Von einem einigen Balkanbund, der militärisch gegen den Dreibund in Betracht kommen kann, könne nach den neuesten Vorgängen nicht mehr gesprochen werden. Dazu kommt Rußlands Engagement in Ost-Asien und Japans Haltung, sodaß Rußland stets für Ostasien große Truppenmassen gebraucht. — Wenn die Regierung mit der Heeresvorlage die allgemeine Wehrpflicht durchführen will, sei dazu erklärt: Die Sozialdemokratie ist stets für die Durchführung des Scharnhorstschen Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten. Aber mit dem System des stehenden Heeres ist dieser Gedanke — schon aus finanziellen Gründen — gar nicht durchführbar. Schlüssige Beweise dafür, daß die zwei- oder dreijährige Dienstzeit notwendig ist, außer man verfolgt damit Nebenzwecke, wie z. B. die Armee vor allen Dingen gegen den „inneren Feind" kriegsbereit zu machen, sind nicht geliefert worden. Ob die ungeheueren Truppenmassen auch einst werden operieren können, wagt kein Mensch zu behaupten. Von der größten Bedeutung ist der Geist der Truppen; die Zahl hat nicht die Bedeutung, die man ihr momentan beimißt. Notwendigkeit ist auch der Nachweis, ob nach Annahme der Vorlage nicht eine große Zahl von Leuten eingestellt werden muß, die den Anforderungen des Krieges nicht gewachsen sind.

Der **Kriegsminister** verwies, soweit die Erörterung der politischen Lage in Frage kommt, auf die beiden vertraulichen Besprechungen in voriger Woche. Deutschland hege gegen niemand aggressive Pläne; das beweisen die letzten vierzig Jahre. Den Frieden könne nur ein starkes und schlagfertiges Heer sichern. Ein Krieg würde am allerschwersten die Arbeiterklasse treffen. — Vertraulich äußerte sich dann der Minister über Italien und betonte ferner, daß die österreichische Armee als sehr bedeutender Faktor angesprochen werden dürfe. Die Beschleunigung der Mobilmachung sei ein Hauptpunkt bei der neuen Vorlage. Die ziffermäßige Ueberlegenheit Frankreichs und Rußlands müsse gleichfalls beachtet werden. Man könne nicht immer behaupten, der deutsche Soldat scheue auch die ziffernmäßige Ueberlegenheit des Gegners nicht. Das habe eben auch eine Grenze; die Zahl spreche mit. Scharnhorst würde sich im Grabe umdrehen, wenn er Haase hören könnte. Zu Scharnhorsts Zeit habe es Preußen mit Milizarmeen als Gegner zu tun gehabt; heute aber stehen Deutschland erstklassige Truppen gegenüber. Wenn die Sozialdemokratie jeden tauglichen Mann zur Vaterlandsverteidigung heranziehen will, sei das ja schön; aber es sei dann ein Verbrechen gegen die Leute, wenn man ihnen durch zu kurze Dienstzeit die Fähigkeit vorenthalten wolle, ihre Aufgabe auch gut durchführen zu können. Vor 100 Jahren mochte es mit nur kurzer Zeit ausgebildeten Soldaten gehen, heute sei das ausgeschlossen, denn die Aufgaben und die Anforderungen sind gewachsen. Die Ausbildung, nicht die ziffernmäßige Ueberlegenheit, werde stets der deutschen Armee ihre große Bedeutung verleihen.

Abg. **Müller**-Meiningen erklärte, um den inneren Wert der deutschen Armee noch mehr zu heben, haben die Volksparteiler in Resolutionen eine Reihe von Forderungen gestellt. Es sei erforderlich, daß die Regierung sich wegen der Neutralität Belgiens erkläre. — Abg. Müller erörterte ausführlich die Frage, ob die Heeresverstärkung bei Beachtung der bisherigen Qualität des Mannschaftsersatzes durchgeführt werden könne; ebenso müsse die Frage der Verpflegung der Armee im Kriegsfalle besprochen werden. In Offizierskreisen werden lebhafte Zweifel gehegt, ob die Heerführer der großen Truppenmassen auch die erforderliche Qualifikation besitzen.

Generalleutnant **Wandel** besprach ausführlich die Möglichkeit, die geforderten Soldaten aus den Militärpflichtigen herauszuholen. Er sprach dabei den recht bemerkenswerten Satz aus: „Wenn mehr Soldaten gebraucht werden, erklären die Aushebungsbehörden auch mehr als „tauglich"." Die Zahl der Pflichtigen wachse von Jahr zu Jahr, folglich (?) auch die Zahl der Tauglichen. Heute müssen viele Taugliche der Ersatzreserve überwiesen werden, weil sie nicht gebraucht werden. 1893 wurden von je 1000 Pflichtigen 256 ausgehoben. Denselben Prozentsatz im Jahre 1913 vorausgesetzt, können von den vorhandenen 1 321 000 Militärpflichtigen 338 000 Mann ausgehoben werden. Diese Zahl ist aber ohne Qualitätsverminderung sehr leicht noch zu erhöhen.

Abg. Graf **Mielczynski** erklärte, wenn die Polen eine oppositionelle Haltung einnehmen, sei das nicht verwunderlich, bei der Behandlung, die ihnen zuteil wird. Aber er stehe auf dem Standpunkt, daß auch die Polen die Pflicht haben, die Forderungen der Regierung ernstlich zu prüfen, wenn es sich um die Sicherheit des Reiches handelt. In diese Prüfung werden die Polen eintreten.

In der weiteren Debatte wurde von einem Abgeordneten dargelegt, daß die russische Gefahr außerordentlich übertrieben sei. Wohl stehen gewaltige Truppen in Rußland auf dem Papier; in Wahrheit sieht es aber ganz anders aus. Die transsibirische Bahn stand als zweigleisige Bahn im Budget; es wurde aber so viel gestohlen, daß die Bahn nur eingleisig gebaut werden konnte. Außerdem habe Rußland in dem Moment des Kriegsausbruchs sofort mit der Revolution zu rechnen. — Der **Kriegsminister** gab die Schwierigkeit zu, die bei der Führung der heutigen großen Truppenmassen besteht. Auch in Deutschland habe man eingesehen, daß zur Ausbildung der Armeeführer weit mehr getan werden müsse. Die systematische Heeresgliederung und die Tätigkeit, jeden Truppenführer bis zum Bataillonskommandant zur größten Selbständigkeit zu erziehen, helfe dem Mangel ab. Daß in Deutschland ein bedenklicher Uebelstand hinsichtlich der Armeeführung bestehe, sei unzweifelhaft.

Genosse Ledebour forderte die Anwesenheit des Auswärtigen Amtes, das vor allen Dingen zu den Auslassungen des Wehrvereins gegenüber Belgien Stellung nehmen müsse. Redner verbreitete sich dann eingehend über die Tauglichkeit, die offensichtlich im Durchschnitt sich verringern werde. — Gen. Lensch behandelte die russische Militärtüchtigkeit. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges habe allein die sozialdemokratische Presse die Unterlegenheit der Russen gegen die Japaner sofort hervorgehoben, während gerade die militärischen Kreise gegenteiliger Auffassung waren, Rußland sei einfach unfähig zu einem Offensivkrieg gegen Deutschland. Wenn Rußland Offensivkriege führen will, richtet es seine Stoßkraft gegen die Türkei, gegen Persien, oder betätigt sie in Ostasien, nimmermehr aber gegen große europäische Staaten. Was die Regierung über Rußland gesagt habe, sei das denkbar dürftigste gewesen. Wir Sozialdemokraten bestreiten die Möglichkeit eines Krieges nicht. Wir wissen, daß wir in einem Zeitalter leben, in welchem die Kriegsgefahr nicht von der Tagesordnung verschwindet. Wenn die Regierung, wie sie ja eifrig betont, mit all ihren Rüstungen nur die Defensivkraft Deutschlands verstärken und heben will, dann müsse sie mit dem jetzigen Militärsystem brechen und zur Volkswehr übergehen, die das höchste Maß militärischer Kraft der Landesverteidigung darstellt. Die gegenwärtige Militärvorlage bedeutet den Anfang des Zusammenbruchs des Systems der stehenden Heere. Es ist unhaltbar, die lange Dienstzeit eines Berufsheeres mit der allgemeinen Wehrpflicht zu verbinden. Um einen Krieg erfolgreich durchführen zu können, brauche auch Deutschland die Begeisterung der Massen. Aber die imperialistische Politik, Marokko oder Skutari vermögen Begeisterung nicht zu wecken. Das große Heer mit langer Dienstzeit soll den herrschenden Klassen auch als Instrument gegen den „inneren Feind" dienen. Der Sozialdemokratie unter solchen Umständen zuzumuten, sie solle das Messer schleifen helfen, mit dem man ihr droht, die Kehle abzuschneiden, sei geradezu absurd.

Abg. Erzberger forderte vom Kriegsminister Antwort, ob jetzt bei den Rekrutenaushebungen vermieden wird, daß in den Bezirken, wo die Aushebung zuerst vorgenommen wird, ungewöhnlich viele „Taugliche" zum Militärdienst bestimmt werden, lediglich um die genügende Zahl von Soldaten zu erhalten. — Generalleutnant Wandel glaubt diese Befürchtung zerstreuen zu können. So werde nicht verfahren werden. — Abg. Gröber hegte ebenfalls lebhafte Zweifel gegen die Behauptung, es seien viele überschüssige Taugliche vorhanden. Wenn das 1893 noch der Fall gewesen sein mag, so hätten sich inzwischen doch die Verhältnisse ungünstig verändert durch die fortschreitende Industrialisierung. Die Verwaltung müsse einen Nachweis auch darüber vorlegen, wieviel Soldaten in der Vergangenheit deshalb wieder von der Truppe entlassen werden mußten, weil sie den Anstrengungen des Dienstes nicht gewachsen waren. Stelle man in großer Zahl Mindertaugliche ein, werde sofort wieder die Zahl der Soldatenmißhandlungen steigen. Hier müsse eine genaue Prüfung eintreten.

Hierauf wurde die Beratung bis Dienstag vormittag abgebrochen. Die Genossen Ledebour und Haase verlangten die Anwesenheit des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes. Der Vorsitzende teilte mit, Herr v. Jagow könne jetzt unmöglich dauernd an den Verhandlungen teilnehmen, weil die auswärtige politische Lage seine Anwesenheit im Amte erfordere. Hierauf verlangten unsere Genossen die Vertagung der Beratung, bis der Staatssekretär in der Kommission erscheinen kann. Die Kommission einigte sich schließlich dahin, daß Herr v. Jagow morgen (Dienstag) zu Beginn der Sitzung in die Kommission gebeten wird zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage.

Von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern sind vorläufig folgende Anträge eingebracht worden:

„Die besonderen Vorschriften, durch die das Gardekorps und die sonstigen Eliteformationen in bezug auf Rekrutierung, Ausstattung und Uniformierung sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, werden aufgehoben."

„Für jede Waffengattung ist ausschließlich eine einheitliche Felduniform zulässig."

„Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die sämtlichen Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet."

Die Volkspartei verlangt in Resolutionen folgendes:

„Der Reichskanzler wird ersucht, dahin zu wirken, daß endlich die zugesagten Ersparnisse gemacht werden, insbesondere u. a.: durch Einführung einer kriegsmäßigen, einfachen und einheitlichen Uniform für Krieg und Frieden; durch den Ersatz von aktiven Offizieren für alle Stellen, für welche die Felddiensttauglichkeit nicht mehr die unbedingte Voraussetzung ist, durch inaktive Offiziere; durch Reform unseres Pensionierungssystems in dem Sinne, daß Offiziere, die für ihre Stellen noch vollkommen geeignet sind, nicht deshalb pensioniert werden, weil ihr Nachmann sie übersprungen hat."

„Die Bestimmungen der Wehrordnung, betreffend Befreiung vom aktiven Heeresdienst infolge bürgerlicher Verhältnisse sind in rücksichtsvoller Weise auch in Zukunft anzuwenden."

„Der Reichskanzler wird ferner ersucht, dahin zu wirken, daß alles getan wird zur erfolgreichen Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen, insbesondere auch durch Reform des militärischen Beschwerderechts; daß bei der geforderten Revision des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere die Verhältnisse der nicht mehr dem aktiven Militärstande angehörenden Personen in einer dem Rechtsgefühl entsprechenden Weise und unter Anerkennung ihrer allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte gewegelt werden; eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit für das stehende Heer durch spätere Einstellung oder frühere Entlassung der Mannschaften eintritt; daß eine gesetzliche Verkürzung der Dienstzeit für das stehende Heer, entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend, vorbereitet wird; daß keinerlei Privilegierung einzelner, bestimmter Truppenkörper (Garde usw.) nach Garnisonsart, Avancement usw. stattfindet; daß in allen deutschen Bundesstaaten die Wehrfähigkeit der Jugend durch eine bessere körperliche Ausbildung gehoben wird; daß alle Verbände, die der körperlichen Erziehung der Jugend sich widmen, in dem Bestreben unterstützt werden, durch systematische körperliche Uebung die schulentlassene Jugend für den Heeresdienst vorzubereiten."

Deutsche Politik.

Die Schatten kommender Militärvorlagen. Der Kriegsminister hat in den letzten Wochen recht häufig das Wort genommen, aber etwas gesagt hat er eigentlich niemals. Es war immer dieselbe Rede: Vaterland, alle Kräfte anspannen, Feind, Ausland, jedes Opfer bringen, Disziplin, gerüstet sein — Schluß, Beifall rechts. Wie im Plenum, so auch jetzt in der Budgetkommission, die die Wehrvorlage berät. Die Sätze kommen bald in den einen, bald in der anderen Reihenfolge, aber wie er sie auch aneinanderreiht: der Effekt ist in der Regel am Ende immer gleich Null. Nur ein paar Wendungen in seiner Rede vom Montag verdienen Beachtung. Er führte aus, daß in dieser Vorlage von Neuaufstellungen im Innern Abstand genommen worden sei, weil sie noch mehr Offiziere, Kolonnen 2c. — also größere Aufwendungen — erfordern würden.

Wer zweifelt daran, daß die Wehrvereinsagitation der nächsten Zeit an diesem Punkte aussetzen wird?

Der Herr v. Heeringen hat ihr aber noch eine weitere Bedeutung gegeben. In der Debatte über die Miliz äußerte er sich dahin, daß zur Ausbildung schon aus Rücksicht auf das Technische viel Zeit gehöre. In Frankreich seien sich die Sachverständigen schon lange einig, daß namentlich bei der Kavallerie die dreijährige Dienstzeit wieder eingeführt werden müsse. Namentlich ist sie bei der Kavallerie erforderlich, also doch auch bei der Infanterie. Herr Keim wird die Schlußfolgerungen ziehen und er wird bemüht sein, Herrn Heeringen oder seinen Nachfolger zu seinen Ansichten zu bekehren.

Jahrhundertfeier und Sozialdemokratie. Die konservative Monatsschrift „Der Türmer" beschäftigt sich in einer keinen Notiz mit der Haltung der Sozialdemokraten zu der Jahrhundertfeier. Wir wollen die Bemerkungen, die sichtlich von dem Bestreben diktiert sind, die Haltung der Sozialdemokratie ehrlich zu würdigen, hierher setzen:

„Die Sozialdemokraten haben sich von ihrem Standpunkt aus in zahlreichen Artikeln und Broschüren mit dem Jahre 1813 befaßt; die Teilnahme an der offiziellen Feier haben sie abgelehnt, und infolgedessen ist ihnen in vielen Organen alle nationale Ehre, alle nationale Kultur, alles Gefühl abgesprochen worden. Zum Teil in sehr starken Ausdrücken.

Es ist nun gewiß ein sehr ernstes Zeichen unserer inneren Entwicklung, daß wir uns nicht einmal in solchem Jahr einmütig zusammenfinden können. Wem die Schuld für diese Entwicklung aufgebürdet werden muß, kann weder noch soll es an dieser Stelle untersucht werden. Wir begnügen uns mit der sorgenschweren Tatsache.

Nachdem wir aber die Tatsache hingenommen haben, fragen wir: „Ist es notwendig, daß unter so bewandten Umständen die verschiedenen Schichten unseres Volkes mit künstlichen Mitteln noch weiter auseinander gerissen werden? Ist es notwendig, die oben erwähnte, sehr ernste Tatsache noch zu vergiften?"

Vergiftet aber hat man sie, wie eine kurze Betrachtung lehren wird. Wer sich nicht an irgend welche Entgleisung dieses oder jenes Redakteurs halten will; wer das politische Bild in seinen Hauptzügen betrachtet, muß einräumen, daß die **Sozialdemokraten aus demokratischen Gründen der offiziellen Jahrhundertfeier ferngeblieben sind.** Das Jahr 1913 hat auch für den bürgerlichen Historiker ein doppeltes Gesicht, je nachdem man die nationale Erhebung gegen Napoleon oder die innerpolitischen Zustände betrachtet, die nach dem Krieg dem preußischen Volk geboten wurden. Für die Sozialdemokraten sind diese innerpolitischen Zustände entscheidend gewesen. Der nationalen Volkserhebung haben sie, sowohl in Artikeln als in Broschüren, alle Ehre angedeihen lassen.

Wenn die Dinge aber so liegen, kann man ihnen vielleicht demokratischen Radikalismus vorwerfen, niemals aber nationale Würdelosigkeit. Man kann ihren Radikalismus geißeln, wie man nur immer will. Wenn man ihnen aber nationale Empfindungslosigkeit unterstellt, so wie sie als Demokraten handeln, fälscht man ihre Motive.

Dadurch aber wird die vorhandene Situation in ganz überflüssiger Weise verschlimmert."

„Ich bitte um polizeilichen Schutz!" Die oberschlesischen Bergarbeiter haben bisher ihren Kampf mit einer musterhaften Ruhe und Besonnenheit geführt. Die Reporter der bürgerlichen Hetzpresse wußten über „Streikterrorismus" nichts zu berichten, oder sie mußten sich etwas aus den Fingern saugen. Die auf den Zechen stationierte Polizei weiß nicht, was sie vor Langeweile beginnen soll. Sie ist gänzlich arbeitslos. Aber trotzdem kommen täglich noch Polizeitransporte aus allen Teilen des Reiches im Streikgebiet an. Die Unternehmerpresse frohlockt und ruft begeistert aus: „Die Behörde verkennt durchaus den Ernst der Lage nicht!" Die „Streiker" müssen aber auch verteufelte Kerle sein. Sie sollen auf die Arbeitswilligen einen starken Terrorismus ausüben, aber, so sagt die „Schlesische Ztg.": „In den meisten Fällen aber üben die Streikposten ihren Terrorismus gegenüber den Arbeitswilligen so unauffällig aus, daß ihnen von der Polizei nicht beizukommen ist!" Das ist ein Grund für ein Gesetz, welches das Streikpostenstehen verbietet. Wenn die Polizei den Streikposten nicht mehr beikommen kann, dann muß das Streikpostenstehen einfach verboten werden. Die Arbeitswilligen fühlten sich bis jetzt nicht bedroht, sie sollen sich aber unbedingt bedroht fühlen. Es wird ihnen darum folgender gedruckter Zettel ausgehändigt:

„Ich bitte um polizeilichen Schutz auf dem Wege zur Arbeitsstelle nach dem . . . Schacht.

Königshütte O.-S., den . . . . . 19 . .

Vor- und Zuname . . . Stand . . . Genaue Adresse . . ."

Wer diesen Zettel herstellen ließ, ob die Werksverwaltungen oder die Polizei, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Genug, er existiert. Den Arbeitswilligen soll unbedingt beigebracht werden, daß sie bedroht sind. Da sie sich bis jetzt nicht freiwillig über Bedrohungen beklagten, sollen sie durch diesen Zettel dazu veranlaßt werden. So wird die Denunziationssucht gefördert.

Reichstagskandidatur Naumann. Die Vertrauensmänner der Fortschrittlichen Volkspartei für die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont haben für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl den früheren Reichstagsabgeordneten Pastor Naumann als Kandidaten aufgestellt. Die Fortschrittler hoffen, mit Herrn Naumann den Wahlkreis zu erobern.

Bei den Wahlen im Jahre 1912 erhielten die Antisemiten 4403, die Fortschrittler 3687, die Nationalliberalen 2037 und die Sozialdemokraten 1600 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Antisemit mit 150 Stimmen Mehrheit. Sein Mandat wurde bekanntlich wegen eines Fehlers in der amtlichen Stichwahlbekanntmachung für ungültig erklärt.

Ausland.

Belgien.

Ein militaristisches Panama. Schon seit längerer Zeit war viel von großen Unterschleifen in der belgischen Armee die Rede, ohne daß genaue Angaben gemacht werden konnten. Nunmehr gibt der klerikale „Patriote" einige Fälle bekannt, mit deren Veröffentlichung er fortzufahren verspricht. Nach seinen Angaben wurden zum Bau eines Arsenals alte Steine verbraucht und für neue verrechnet. Waschküchen wurden für ein Militärhospital verrechnet und nicht angeschafft. Ofenrohre wurden kilometerweise gekauft und sind nicht zu finden. Bei Krupp wurden im Jahre 1908 28 Millimeter-Geschütze zur Scheldeverteidigung für 4 700 00 Francs gekauft, die aber wegen ihrer Schwere weder per Bahn noch zu Wasser transportiert werden konnten, da es nicht möglich gewesen wäre, sie in die Forts von Antwerpen hinauszuwinden. Die Kanonen lagern jetzt noch, also seit fünf Jahren, bei Krupp, wo sie der belgische Kriegsminister unter Preis loszuschlagen sucht. Eine Untersuchungskommission befaßt sich mit der Angelegenheit, in die hohe Militärbeamte verwickelt sind.

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrle.

29 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

6.

Unterdessen mußte ich mich zur Musterung stellen und wurde zur Fußartillerie tauglich befunden. Bevor ich einrückte, ging ich einige Wochen nach Hause; noch in den letzten Tagen erzürnte ich mich mit dem Vater derart, daß er ausstieß, mir keinen Pfennig Zuschuß zu schicken, wenn ich beim Kommiß sei.

Schon am Bahnhof erwarteten uns Soldaten, die uns in einen großen Kasernenhof führten, wo wir verlesen und auf die einzelnen Batterien verteilt wurden. Ich kam zu einer, die ihr Kasernement allein für sich hatte. Am zweiten Tage wurden wir eingekleidet. Zuerst gabs Drillichzeug. Der Kammerunteroffizier schanzte mir eine Jacke zu, die ganz zerrissen war und die ich nicht annahm. Ich sagte, es stünde mir ganzes Zeug zu. Er gab mir eine andere, pfiff aber durch die Zähne: „Warte, mein Bürschchen, du wirst dein ganzes Zeug noch bekommen." Er hat auch Wort gehalten.

Ich wurde der dritten Korporalschaft zugeteilt und bekam am ersten Tag Stubendienst, mußte fegen, aufräumen und für Ordnung sorgen. Nachts, als die anderen auf ihre Strohsäcke krochen, hatte ich nachzusehen, ob alle Spinde verschlossen, ob die Waschschüsseln und Wasserkrüge gefüllt seien und mußte das dem Obergefreiten melden. Dieser verlangte überdies von mir, ich solle auf den Tisch stehen und mit meinem Hemd die Lampe auslöschen. Ich sagte, er solle mich gern haben. Das gab bei den anderen, die sich schon auf allerlei gefreut hatten, ein peinliches Schweigen. Sogar der Unteroffizier kam aus seinem Verschlag heraus, leuchtete mir ins Gesicht und bellte: „Die Mücken werden wir dir schon austreiben! Und sie wurden mir ausgetrieben.

Das sollte ich schon am andern Tage zu fühlen bekommen. Unteroffizier und Obergefreiter brachten mir ihre Stiefel zum Wichsen; wie ich diese auch polierte, es war nie gut genug. Als sie den Tag darauf das Manöver nochmals probierten, sagte ich: Ich habe keine Wichse. „So kauf dir welche." - Ich habe kein Geld für andere Leute, ich brauch es nötig genug für mich.

Da gab mir der Unteroffizier achtzehn Pfennige, für die ich mir in der Kantine eine Schachtel Guttalin holte. Zwei Tage nachher hatte ich sie aufgebraucht, selbstverständlich glänzte ich auch mein Schuhzeug damit. Jeden zweiten Tag achtzehn Pfennige auszugeben, war dem Unteroffizier doch zu teuer. Als ich von ihm wieder Geld verlangte, schickte er mich zum Teufel und suchte sich einen anderen Putzer.

Das Essen war — für mich — schmal und ungenügend. Alle drei Tage gabs einen Sechspfundlaib Brot. Zum Frühstück tagaus tagein Kaffee, d. h. eine Brühe, die so hieß. Diese galt auch als Nachtessen. Nur einmal in der Woche erhielten wir Zulage, einmal Käse, ein andermal Heringe. Das Mittagessen war freilich reichlich, aber nicht immer gut. Zudem fraßen uns die Stamm-Mannschaften das beste fort; der Koch, der ja „alter Mann" war, gab ihnen stets die größeren Portionen.

Ueberhaupt hatten wir unter der Stamm-Mannschaft viel zu leiden. Diese lag auf einer Stube im Erdgeschoß, während wir Rekruten unsere zwei Säle im ersten Stock hatten. Abends nach halb neun durfte von uns keiner mehr die Treppe hinunter. Wenns einer wagte, trieben ihn die Alten mit Klopfpeitschen hinauf.

Hatten wir auf ihrer Stube etwas zu tun, so mußten wir erst anklopfen und brüllen: Bitte, eintreten zu dürfen. Wenn das erlaubt war, konnten wir eintreten, doch mußten wir dabei die Mütze abnehmen und rufen: „Gott grüß euch, alte Knochen!" Natürlich fühlte ich mich diesen Brüdern weitaus überlegen und ordnete mich keinem von ihnen unter, nahm auch nie einen Auftrag an und war darum bald bei ihnen verhaßt.

Dieser Haß mehrte sich. Einer der Alten, der Batterieschuster, hatte etwas verbockt und mußte zur Strafe eine Stunde mit uns Rekruten exerzieren. Darüber hatte er einen großen Zorn und suchte den auf allerlei Weise an uns auszulassen. Er stand im zweiten Glied und gab mir beim Marschieren etliche Tritte. Ich kehrte mich um und warnte ihn: Hör, Bruderherz, laß dies bleiben, sonst rauchts. Kaum hatte ich den Kopf gewendet, schon hatte ich wieder einen sitzen. Da zog ich aus und stieß ihm die Hand ins Gesicht, daß ihm gleich das Blut aus Mund und Nase schoß. Der Leutnant brüllte mich an: „Herr, Herr, sind Sie des Teufels!"

Zum Glück sah man auf meiner Hose genau jeden Tritt abgezeichnet; nur diesem Umstande verdanke ich, daß ich straflos ausging. Der Batterieschuster aber vergaß mir den Streich nicht. Als ich später einmal in die Handwerkerstube eintrat, ohne ums Eintreten zu fragen, gab er mir einen Tritt.

Unter den Alten war einer aus meiner Gegend, der es gut mit mir meinte. Der sagte mir, ich solle mich ja in acht nehmen, in einer der nächsten Nächte werde der heilige Geist zu mir kommen. So heißt es nämlich, wenn einer in der Nacht im Bett überfallen wird und Prügel bekommt, ohne daß er sich wehren oder schreien kann. Ich weihte einige von meiner Korporalschaft ein, denen ich trauen konnte.

Wir nahmen in der Folgezeit die Klopfpeitschen mit ins Bett und wachten abwechselnd je eine Stunde. Ich lag mit einem anderen zusammen; in meinem Bett selber hatte ich nur ein ausgestopftes Hemd liegen, das die Alten auch wirklich täuschte.

In der zweiten Nacht kamen sie angeschlichen, gerade als ich wachte. Als ich ihre Schritte hörte, weckte ich die anderen auf. Wir sahen, wie sechs Stück auf mein Bett zuschlichen, meiner Hemdpuppe eine wollene Decke überwarfen und stramm zogen. In diesem Augenblick waren wir auch schon aus unseren Klappen heraus, und ehe sich die Heilige-Geist-Schar recht besinnen konnte, sausten unsere Klopfpeitschen, klatsch! klatsch! Die Nachtgeister mußten durchs Fenster flüchten; denn die Türe hatten wir von

Badische Politik.

Eine jungliberale Nebenregierung

hat die „Freiburger Tagespost" im Unterrichtsministerium entdeckt. Das genannte Blatt schreibt u. a.:

„Seit einiger Zeit hat sich nämlich um das Unterrichtsministerium eine jungliberale Nebenregierung eingerichtet. Sie setzt sich aus Herren aus dem Ministerium selber und aus Mitgliedern der jungliberalen Partei in Karlsruhe zusammen; Gesinnungsgenossen im Lande, besonders liberale Schulmänner, dürfen an den Sitzungen, denen ein Ministerialrat vom Ministerium des Unterrichts präsidiert, teilnehmen. Diese sind dann mitunter in der Freude, eingeweiht zu werden, nicht vorsichtig genug, und so erfahren ihre Kollegen dann und wann was kommen soll. Diese Gesellschaft pflegt gewisse Maßnahmen im Ministerium in die Wege zu leiten und den jungliberalen Aspirationen und Anmaßungen zum Ziele zu verhelfen. Zwar geht das wie man weiß nicht immer so glatt aber liberale Streber und Politiker von der Art der Großblockschmiede sind nicht zimperlich und so gelingt ihnen wenn auch nicht alles so doch manches und mehr, als der Schule und dem Wirken des Herrn Unterrichtsministers zuträglich ist. Sein Name muß Dinge decken und ein System fördern das sicherlich mit den Tendenzen des Herrn Ministers im Widerspruch steht. Sind nun vollends die Herren v. Sallwürck und Oster, denen die Schulverwaltung kein Tummelplatz seichter Streberei und jungliberaler Parteigelüste ist, ausgeschieden und ist vom bekannten Tische aus für homogenen Ersatz gesorgt, so wird man Dinge erleben, die allerdings kein Symptom mehr sind, sondern grobe Wirklichkeit. Man trägt sich ja schon mit allerlei Plänen über Personen und Sachen. Bei den Nächstbeteiligten, den Lehrern an Mittelschulen, herrscht denn auch weithin, selbst in liberalen Kreisen, Ingrimm über das eigenmächtige Gebahren der Nebenregierung."

Herr Böhm wird die Antwort auf diese Angriffe gegen den Ministerialrat Schwörer — denn um diesen handelt es sich — hoffentlich nicht schuldig bleiben.

Reichstagsabg. Dr. Haas

der Vertreter des 10. badischen Reichstagswahlkreises Karlsruhe-Bruchsal hat im Reichstag für die Erhaltung der sehr überflüssigen Stadtkommandanturen gesprochen und auch gestimmt. Herr Dr. Haas hat sich damit in Widerspruch zu der großen Mehrheit seiner eigenen Parteifreunde und zu der Haltung des „Bad. Landesbote" gestellt. Die Gründe, mit welchen Herr Dr. Haas seinen Standpunkt zu rechtfertigen versuchte, waren sehr fadenscheinig. Die übergroße Mehrheit des Volkes begrüßt die endliche Beseitigung dieser total überflüssigen Sinekuren.

Herr Dr. Haas entwickelt sich als Parlamentarier immer mehr zu einem politischen Schwammerling, der überhaupt keinen festen Boden mehr unter sich hat.

Die Tätigkeit der Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität.

Eine Verordnung des Ministeriums des Innern teilt die Obliegenheiten der bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues errichteten Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität mit. Wir entnehmen den neuen Bestimmungen, daß der neuen Abteilung die Feststellung der Ausbauwürdigkeit der an öffentlichen Gewässern und an nicht öffentlichen natürlichen Wasserläufen vorhandenen Wasserkräfte, insbesondere die Beschaffung der Grundlagen für die Auswahl der zu Staatszwecken geeigneten und der Privatindustrie zu überlassenen Kräften obliegt, ferner die Aufstellung der Entwürfe für die vom Staat geplanten Wasserkraftwerke, die Begutachtung von Anträgen auf Verleihung von Wasserbenutzungsrechten zum Zweck der Errichtung oder Abänderung von Wasserkraftanlagen, sodann die Festsetzung des Entgelts für die Verleihung von Wasserbenutzungsrechten und die Abgabe von Gutachten über die von Kreisen, Gemeinden oder sonstigen öffentlichen Körperschaften geplante Ausnützung von Wasserkräften oder Errichtung von Elektrizitätswerken, über die Entwürfe und Voranschläge solcher, einschließlich der Ertragsberechnungen.

Die Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität hat sodann die Feststellung der allgemeinen Anforderungen zu besorgen, die zur Verhütung von Unglücksfällen bei der Errichtung elektrischer Starkstromanlagen und die bei der Benützung des Staatseigentums zu stellen sind, insbesondere die Aufstellung allgemeiner Grundsätze zur Prüfung der Masten und neuer Konstruktionsformen. Die Ueberwachung der Einhaltung solcher von der Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität aufgestellten Anforderungen liegt den technischen Bezirksstellen ob, soweit nicht eine weitere Ueberprüfung durch die neue Abteilung erforderlich wird. Die Abteilung vollzieht sodann den Entwurf der wirtschaftlichen Bedingungen, welche an die Erlaubnis zur Benützung des Staatseigentums und der öffentlichen Wege für elektrische Leitungen zu knüpfen sind. Ferner die Prüfung der Gebührentarife und Kostenrechnungen der von den Bezirksämtern aufgestellten oder von den Kreisen oder Gemeinden gewählten Sachverständigen in Angelegenheiten der Wasserkraftausnützung und Elektrizitätsversorgung, auch in streitigen und zweifelhaften Fällen.

Abschlußergebnisse der Eisenbahnbetriebsrechnung für 1912.

Die Eisenbahnverwaltung gibt in der „Karlsr. Ztg." die wichtigsten Abschlußergebnisse der Eisenbahnbetriebsrechnung sowie der Rechnung der Eisenbahnschuldentilgungskasse für 1912 bekannt. Zum Vergleich sind die entsprechenden Ziffern der Rechnungsabschlüsse für 1911 in Klammern beigesetzt. Es betrugen in der Eisenbahnbetriebsrechnung einschließlich der Eisenbahnabteilung des Finanzministeriums die Einnahmen 118 147 474 Mk. (112 730 113 Mk.), die Ausgaben 82 662 078 Mk. (77 748 606 Mk.), der Betriebsüberschuß sonach 35 485 396 Mk. (34 981 507 Mk.), und der Betriebskoeffizient 69,97 Prozent (68,97 Prozent).

Zu dem Ueberschuß des Eisenbahnbetriebs kommt noch jener der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung mit 12 123 Mk. (21 131 Mark), sowie der Reinertrag der Main-Neckarbahn mit 808 463 Mark (823 171 Mk.), hinzu, so daß die Verkehrsanstalten zusammen den Betrag von 36 305 982 Mk. (35 825 809 Mk.), als Dotation an die Eisenbahnschuldentilgungskasse abgeliefert haben. In diese Kasse ist ferner der Staatszuschuß (einschließlich des Ersatzes für den Wegfall des früheren Anteils an den Ueberschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung von 1 500 000 Mk. (2 500 000 Mk.), geflossen, so daß sich eine Gesamtdotation der Kasse von 37 805 982 Mk. (38 325 809 Mk.) ergibt.

Demgegenüber betrugen die Erfordernisse der Kasse für Zinsen (abzüglich Aktivzinsen und sonstige Einnahmen) 20 723 751 Mk. (20 188 372 Mk.), für die planmäßige Heimzahlung 11 390 872 Mk. (10 739 929 Mk.), für Verwaltungsaufwand 108 440 Mk. (109 574 Mk.), zusammen also 32 223 063 Mk. (31 037 875 Mk.).

Der Ueberschuß der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse über deren Erfordernisse beträgt sonach 5 582 918 Mk. und ohne den Staatszuschuß 4 082 918 Mk. (4 787 934 Mk.).

Jener Ueberschuß konnte zur Bestreitung von Bauausgaben und damit zur verstärkten Tilgung verwendet werden, sodaß sich für die zu Anfang des Jahres vorhandene reine Eisenbahnschuld von rund 542,9 Mill. Mk. (533,6 Mill. Mk.) der Tilgungssatz auf rund 3,12 Prozent (3,40 Prozent) stellt.

Der von der Eisenbahnschuldentilgungskasse bestrittene Bauaufwand beträgt 30 028 842 Mk. (27 422 855 Mk.), die Schuldenvermehrung 13 231 595 Mk. (9 286 585 Mk.), so daß die Gesamtschuld, die Ende 1911 542 864 490 Mk. (1910: 533 577 905 Mark), betrug sich Ende 1912 auf 556 096 086 Mk. (1911: 542 864 490 Mk.), erhöhte.

Das Anlagekapital der in Betrieb stehenden badischen Staatsbahnen betrug im Jahresdurchschnitt 868 560 724 Mk. (838 968 917 Mk.), die Verzinsung dieses Anlagekapitals durch den Ueberschuß der Eisenbahnbetriebsrechnung also 4,09 Proz. (4,17 Proz.). Im Jahre 1912 haben sich die Einnahmen des Eisenbahnbetriebs gegen 1911 um 5 417 361 Mk., die Ausgaben dagegen um 4 913 472 Mk. vermehrt, letztere also im Verhältnis stärker (um 6,32 Proz.) als die Einnahmen (4,81), woraus die Verschlechterung des Betriebskoeffizienten um 1 Prozent entstanden ist.

Der Stand der Eisenbahnfinanzen war auch im vergangenen Jahre, trotzdem die Ausgaben eine wesentliche Steigerung erfahren haben, günstig.

Aus der Partei.

Eine Konferenz für den 52. bad. Landtagswahlkreis (Bruchsal-Land) tagte am vergangenen Sonntag im „Jägerhaus" in Forst. An derselben nahmen teil Parteigenossen aus den Orten Philippsburg, Ubstadt, Zeuthern, der Kandidat des Kreises, Stadtrat Lintz aus Mannheim, Gen. Abele-Karlsruhe als Vertreter des 10. Reichstagswahlkreises, die Gen. Morast und Munding-Bretten für den 13. Reichstagswahlkreis und Parteisekretär Maier. Die Situation im 52. Landtagswahlkreis wurde einer gründlichen Erörterung unterzogen, wobei allgemein die Ansicht zutage trat, daß bei Entfaltung einer lebhaften Agitation unsere Partei auch im kommenden Wahlkampf wieder einen Schritt vorwärts kommen wird, da die Mehrheit der Wähler den kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten und in recht beträchtlicher Zahl bereits dem Proletariat angehören, von den bürgerlichen Parteien eine energische Vertretung ihrer Interessen also nicht mehr zu erwarten haben.

Um die Erledigung der Wahlarbeiten möglichst zu vereinfachen, wurden zwei Wahlkomitees gebildet, eines für die Orte Odenheim, Zeuthern, Weiher, Ubstadt, Forst und Hambrücken mit dem Sitz in Zeuthern und eines für die Orte Neudorf, Wiesental, Kirrlach, Oberhausen, Rheinhausen, Philippsburg, Rheinsheim und Huttenheim mit dem Sitz in Philippsburg.

Verbotene Maiumzüge. Die Polizeiverwaltung in Düsseldorf hat den vom Vorstand des sozialdemokratischen Vereins beantragten Maiumzug wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten. Diese „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" glaubt man darin erblicken zu können, daß bei dem lebhaften Straßenverkehr am Himmelfahrtstage die Demonstration von weiten Bevölkerungsschichten (?), zumal bei den starken politischen Gegensätzen, als provokatorisch empfunden würde und Zusammenstöße zu befürchten seien. Sodann glaubt die Polizei die gute Stadt Düsseldorf auch dadurch gefährdet, daß „nach dem Aufrufe des Parteivorstandes die in den letzten Jahren im kleineren Maßstabe veranstaltete Maifeier in diesem Jahre, soweit erkennbar, als Massenkundgebung gegen das preußische Wahlrecht und gegen die Heeresvorlage geplant ist."

In den Nachbarorten Düsseldorfs scheint man in dieser Frage weniger ängstlich zu sein, als die Düsseldorfer Polizei. In Benrath, Hilden und Ratingen sind die Maiumzüge genehmigt worden.

Der Bürgermeister von Artern (Bez. Halle a. S.) verbot den Umzug mit der allgemeinen Redensart, daß es sich bei der Maidemonstration um „eine Provokation der bürgerlichen Gesellschaft handelt, wodurch leicht Ausschreitungen entstehen."

Ganz ähnlich scheint der Bürgermeister von Könnern im Saalkreis über seine Bürger zu denken. Er verbot für dieses Jahr den Umzug, weil die große Menschenmenge den Verkehr stören und auch auf weite Kreise beunruhigend und erregend wirken wird".

Wenig Kopfschmerzen hat dem reichsverbändlerischen Bürgermeister von Eilenburg, Dr. Belian, das Verbot gemacht. Ein einziger Satz, in dem behauptet wird, daß die Bevölkerung beunruhigt und erregt würde, genügt zum Verbieten des reichsgesetzlich erlaubten Umzuges.

Graben. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die diesjährige Maifeier gemeinsam mit den Liedolsheimer, Rußheimer, Hochstetter und Linkenheimer Genossen gefeiert wird, verbunden mit einem Spaziergang nach Dettenheim am Vormittag, nachmittags gemeinsame Feier im „Ochsen" in Liedolsheim. Den Parteigenossen von Graben, welchen es möglich ist, an dem Spaziergang nach Dettenheim teilzunehmen, treffen sich am Donnerstag vormittag ¾8 Uhr am Ortsausgang nach Hochstetten, um mit den Hochstetter Genossen den Rheindamm entlang nach Dettenheim zu gehen. Die übrigen treffen sich nachmittags halb 1 Uhr bei der „Rheinlust", um an der Feier in Liedolsheim im „Ochsen" beiwohnen zu können. Die Parteigenossen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden aufgefordert, sich zahlreich zu beteiligen.

Malsch. Am Donnerstag, den 1. Mai, mittags halb 1 Uhr, findet im „Mahlberg" Wahlvereinsversammlung statt, wozu sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Nach Schluß der Versammlung treffen sich die Mitglieder im Hatzschen Biergarten zur Maifeier, wozu auch der Arbeitergesangverein erscheinen wird.

Bretten, 29. April. Wir machen die hiesigen Arbeiter sowie die von der Umgegend auf die Maifeier aufmerksam. Der Festzug beginnt am Himmelfahrtstag mittags halb 3 Uhr am Bahnhof und bewegt sich durch die Stadt nach dem Gasthaus zur „Stadt Pforzheim", wo die eigentliche Feier stattfindet. Wir richten insbesondere an die gewerkschaftlich wie politisch organisierte Arbeiterschaft die Aufforderung, sich an dem Festzug zahlreich zu beteiligen.

A. **Achern,** 28. April. Am Donnerstag, 1. Mai, unternimmt der hiesige Wahlverein unter Beteiligung des Gewerkschaftskartells einen Ausflug nach Sasbachwalden, wo im Gasthaus zum „Engel" Rast gemacht wird. Von hier geht der Weg über Kappelberg-Grieseneck-Lierenbach-Schöneck nach Oberachern in das Gasthaus zum „Rebstock" und von hier zurück nach Achern („Tivoli"). Der Kandidat unseres Landtagswahlkreises Genosse August Hipp-Karlsruhe wird sich an dem Ausflug beteiligen und abends 8 Uhr im Saale zum „Tivoli" einen Vortrag halten. Der Ausflug verspricht einige genußreiche Stunden und ist zu hoffen, daß sich die Genossen mit Frau und Kindern recht zahlreich beteiligen, da der Weg leicht gangbar und für Unterhaltung durch Musik- und Gesangsvorträge gesorgt ist. Abmarsch mit Musik präzis 1 Uhr vom „Tivoli" aus.

Gewerkschaftliches.

Der Neunstundentag im Hamburger Hafen. Die Neuregelung der Arbeitszeit im Hamburger Hafen ist nunmehr endgiltig beendet. Eine Versammlung der Hafenarbeiter am 20. April wies bekanntlich mit großer Mehrheit das Resultat der zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Hafenbetriebsverein geführten Verhandlung zurück und beauftragte ihre Vertreter zu neuen Verhandlungen. Die Arbeiter waren damit nicht einverstanden, daß die Frühschichtpause ganz fortfallen und morgens die Meldezeit für Everführer, Speicherarbeiter und Getreidearbeiter ohne Entschädigung eine halbe Stunde betragen sollte.

In der nochmaligen Verhandlung in der letzten Woche gestand der Hafenbetriebsverein zu, daß die Hafenarbeiter abwechselnd und ohne daß die Arbeitszeit unterbrochen würde, ihr Frühstück einnehmen könnten. Die Meldezeit am Kontor solle anstatt einer halben Stunde für die oben genannten Gruppen nur zwanzig Minuten einschließlich der auch für die übrigen Gruppen geltenden fünfzehnminutigen Beförderungszeit betragen. Dieses Resultat der letzten Verhandlungen wurde in einer großen Versammlung der Hafenarbeiter, am 20. April, mit über zwei Drittel Majorität angenommen. Die Arbeitszeit im Hamburger Hafen wird also in Zukunft anstatt zehn nur noch neun Stunden betragen.

Diese Erledigung der Lohnbewegung der Hafenarbeiter stellt sich als ein nicht zu unterschätzender Erfolg des Transportarbeiterverbandes dar. Zwar wird die Arbeitszeitverkürzung für einige Gruppen durch die Verlegung der Beförderungszeit außerhalb der Arbeitszeit nicht ganz eine Stunde betragen, doch ist das nur bei einem Teil der Hafenarbeiter der Fall. Die vom Hafen abhängigen Betriebe werden mit der Arbeitszeitverkürzung folgen müssen. Die staatlichen Kaibetriebe haben den Neunstundentag ab 1. Mai bereits zugestanden. Den Speditionsbetrieben und vor allen Dingen den Werften ist jetzt der vielgebrauchte Vorwand für das Festhalten am Zehnstundentag genommen; sie werden ihre Arbeitszeit der der Hafenbetriebe anpassen müssen. Auch für die übrigen Hafenstädte ist nunmehr die Bahn für die Arbeitszeitverkürzung frei.

Luftschiffahrt und Flugsport.

Kassel, 28. April. Zu der Auffindung des Ballons „Ilse" ist noch zu melden, daß der Ballon wahrscheinlich in einer Höhe von etwa 700 Meter von einem Blitz getroffen worden ist, sodaß er brennend in die Tiefe stürzte. Der Führer, der im Korb liegen blieb, dürfte im Korb verbrannt sein.

München, 29. April. Der Militärflieger Oberleutnant v. Germersheim, der mit Leutnant Schinnerer auf dem Flugplatz Schleißheim bei München abgestürzt war, ist seinen erlittenen Verletzungen erlegen. Die Zahl der in Deutschland tötlich verunglückten Flieger ist nunmehr auf 58 gestiegen, 11 sind in diesem Jahre tötlich abgestürzt.

Kopenhagen, 28. April. Von den deutschen Luftballons, die gestern nachmittag in Dresden aufgestiegen waren, um sich an dem Gordon-Bennet-Rennen der Lüfte zu beteiligen, hat heute die Mehrzahl den großen Belt und das Kattegat überflogen. Der Ballon Prinz Adolf aus Bonn ist heute früh unweit Roeskilde niedergegangen. Kurz vor der Landung des Ballons stürzte der Führer Fabrikant Andernach, der sich auf den Rand des Korbes gestellt hatte, um die Landung vorzubereiten, aus einer Höhe von 50 Metern ab und wurde schwer verletzt aufgehoben.

London, 28. April. Leutnant Rogers-Harrison vom Kgl. Flieger-Korps stürzte heute bei Farnborough infolge böigen Windes mit seinem Cody-Zweidegger aus 400 Fuß nieder und war auf der Stelle tot.

Gerichtszeitung.

-t. **Freiburg,** 27. April. Einen Beitrag zu der spezialisierten Methode des Saccharinschmuggels lieferte der Fuhrmann Emil Faller von Hausen (A. Staufen). Bei einer Futtermehlfabrik in Basel in Stellung, kutschierte er längere Zeit den Saccharin von Basel nach St. Ludwig — auf die Anstiftung einer Basler Schmugglerfamilie hin — sackweise über die Grenze. Zur Täuschung der Zollbeamten füllte er den oberen Rand der Säcke mit gemahlenen Erdnußschalen auf. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis. — Vom gleichen Gericht erhielt der fast ständig in Strafanstalten weilende Kutscher Andreas Merz von Grunbingen wegen Betrugs und Urkundenfälschung 1½ Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Unter falschem Namen, mit gefälschten Briefen und Telegrammen gab er sich, um Freiquartier zu erlangen, im Hotel Meßmer in Baden-Baden für den Kutscher des Frhr. v. Egglofstein, in Badenweiler im „Römerbad" für den Kutscher des Feldmarschalls v. d. Goltz aus, der nach den Angaben des M. mit dem früheren Kriegsminister v. Einem zur Kur nach Badenweiler kommen werde.

---

sorglich gleich zugeriegelt. Beim Abstieg bekamen sie noch reichlich Wasser nachgeschüttet. Seit der Zeit war Ruhe. Gemeldet wurde nichts.

Das übrige Leben lief seinen Gang. Jeden Morgen um fünf Uhr aufstehen, von 7—8 Uhr Vortrag und Belehrung, nachher Fußdienst oder Geschützexerzieren, nachmittags dasselbe. Am Abend wurde noch eine Putz- und Flickstunde abgehalten. Mittwoch und Samstag nachmittag war kein Dienst, dafür aber war Kasernen- und Geschützreinigen angesetzt. Sonntags wurden wir „Hämmel" von den Unterofizieren durch die Stadt geführt. Erst nach zehn Wochen durften wir allein ausgehen.

(Fortsetzung folgt.

Theater und Musik.

Aus dem Neckarbergland. Mit den Theateraufführungen, die das Rhein-Mainische Verbandstheater in der letzten Woche in Sinsheim und Wimpfen veranstaltet hat, sind die Vorbereitungen zur Gründung von Ausschüssen für Volksbildung in diesen Städten zum Abschluß gelangt. In Mosbach, wo bereits ein Volksbildungsverein besteht, hat sich „ein Ausschuß für künstlerische Theateraufführungen" gebildet, der die Tätigkeit des Volksbildungsvereins ergänzt. Er wird, wie die genannten neuen Vereinigungen in Sinsheim und Wimpfen, im nächsten Winter durch das Verbandstheater eine Reihe über den ganzen Winter verteilter Vorstellungen von Stücken aus der klassischen und neueren Literatur veranstalten.

Der Stockholmer Arbeitergesangverein plant im Mai eine Konzertreise, auf der nach Kopenhagen auch eine Reihe deutscher Städte, Berlin, Hamburg, Bremen und Dresden, besucht werden sollen. Es werden sich etwa 70 Sänger beteiligen, die in Deutschland unter der Fahne des Berliner Arbeitersängerbundes reisen werden. Das Programm bringt fast ausschließlich schwedische Lieder, und zwar Volkslieder sowie Kompositionen älterer und neuerer Tonkünstler. Der Leiter des Chors wird Herr Axel Rylander sein. Es ist übrigens das erste Mal, daß ein solcher schwedischer Verein eine Auslandreise unternimmt. Die schwedische Sangeskunst wurde bisher bekanntlich nur durch einen Studentengesangverein vertreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Klara Zetkin wird morgen früh ½11 Uhr in der Festhalle-Karlsruhe sprechen!

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Das Konzert,** das Bildungsausschuß und Gewerkschaftskartell am letzten Sonntag abend in der Festhalle veranstalteten, hatte leider nicht den Besuch aufzuweisen, den man erwarten durfte. Es mögen ca. 300 Programme verkauft worden sein. Die Feuerwehrkapelle bot wieder Vorzügliches. Die Märsche, Ouverturen, Potpourris usw. fanden unter der sicheren Leitung des Herrn Hugo Schumann eine exakte, einwandsfreie Wiedergabe, sodaß der stürmische Beifall der Zuhörer zu wiederholten Dreingaben nötigte. Das Konzert hätte entschieden einen besseren Besuch seitens der Durlacher Arbeiterschaft verdient. Wir möchten heute schon dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß wir beim nächsten, im Monat Mai stattfindenden Konzert eine bessere Frequenz feststellen können.

Bruchsal.

* **Ein Unglücksfall** ereignete sich vorgestern abend hier am Damianstor, indem sich das Sattelpferd eines Krümperwagens des hiesigen Dragonerregiments den Kopf einrannte und sofort tot war.

Ettlingen.

— **Maifeier.** Nochmals sei darauf hingewiesen, daß die Maifeier nachmittags halb 4 Uhr in der städtischen Festhalle stattfindet, abends von 8 Uhr ab Tanz. Alle Arbeiter mit ihren Angehörigen sollten es sich zur Ehre anrechnen, an dieser Kundgebung sich zu beteiligen. Das Gebotene wird jeden Teilnehmer befriedigen. Der Eintrittspeis von 20 Pf. pro Person ist ein äußerst niedriger.

Rastatt.

— **Die Maifeier** wird von den Rastatter Genossen in folgender Weise begangen: Vormittags 8 Uhr Ausflug mit Musik nach Muggensturm. Hierzu versammeln sich die Teilnehmer zwischen 7 und 8 Uhr im „Anker"; abends 8 Uhr gemütliches Beisammensein mit Tanz im „Ankersaale". Zu dieser Feier werden die Genossen und Genossinnen mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung höflichst eingeladen.

Baden-Baden.

— **Konzert-Zyklus.** Die Städt. Kurverwaltung wird nach Pfingsten wieder einen Frühjahrs-Konzert-Zyklus veranstalten. Die einzelnen Konzerte sollen am 23. und 29. Mai und 3. Juni stattfinden. Zur Feier des 100. Geburtstages von R. Wagner wird das erste Konzert Richard Wagner gewidmet sein. Der berühmte Wagner-Sänger H. Knote aus München wird als Solist mitwirken. Im zweiten Konzert unter der Direktion von F. Weingartner wird der bekannte Geigenkünstler Fritz Kreisler als Solist auftreten. Arthur Nikisch wird das dritte Konzert leiten.

Offenburg.

— **Maifeier.** Um die nötigen Vorarbeiten noch zu erledigen, werden die Parteimitglieder ersucht, sich heute Mittwoch abend halb 9 Uhr im „Anker" einzufinden. Auch die Frauen dürfen nicht fehlen.

* **Fahndung.** Der 1. Staatsanwalt dahier erläßt folgende Fahndung: Am 25. April nachts hat auf der Gemarkung Urloffen ein Kampf zwischen Jagdaufsehern und Wilderern stattgefunden, bei welchem Jagdaufseher Fies aus Renchen einen Schuß in den Oberschenkel erlitt. Die Wilderer entkamen. Für die Entdeckung der Wilderer werde ich eine Belohnung erwirken.

W. **Achern,** 29. April. Der vor etwa drei Monaten wegen Verdachts der Urkundenfälschung in Untersuchungshaft genommene Obstgroßhändler Seiler ist am vergangenen Samstag wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Das gegen denselben erlassene Strafverfahren wurde aufgehoben, da sich dessen Unschuld herausgestellt hat.

* **Schwetzingen,** 29. April. Der Verkehr des Spargelmarkts hat seit gestern eine erhebliche Steigerung erfahren. Die Preise schwanken zwischen 40 und 60 Pf. pro Pfund.

* **Mannheim,** 29. April. Zu dem Fund der zehn Kinderleichen wird weiter berichtet, daß über die Herkunft der Leichen noch ziemliches Dunkel herrscht. Man behauptet, die Polizei habe eine Frau ausfindig gemacht, mit der die verstorbene Frau Wühler in lebhaften Beziehungen gestanden habe, und die Aufklärung über das Treiben der Frau W. geben könne. In der Nachbarschaft hatte niemand eine Ahnung davon, welche Dinge in der Wohnung der Eheleute W. vor sich gingen. Der verhaftete Maurerpolier leugnete weiter, jede Beteiligung an dem Verbrechen. Die Untersuchung der aufgefundenen 10 Kinderleichen hat ergeben, daß die Kinder zum Teil mehrere Monate gelebt haben. Die 16jährige Tochter des Taglöhners Wühler befindet sich noch in Untersuchungshaft und man nimmt an, daß sie über die Vorgänge besser orientiert ist, als ihr Vater.

* **Zell i. W.,** 29. April. Eine zu einer Theatergesellschaft gehörige Schauspielerfamilie gab ihrem erkrankten Kinde statt der vorgeschriebenen Medizin aus einer daneben stehenden Flasche Benzin, wodurch der alsbaldige Tod des Kindes herbeigeführt wurde.

* **Müllheim,** 29. April. Gestern abend ging zwischen Müllheim und Haltingen ein furchtbares Hagelwetter nieder, sodaß in kurzer Zeit die Felder ganz mit Eis bedeckt waren. Das Unwetter hat an den Obstbäumen und Feldfrüchten großen Schaden angerichtet.

Neues vom Tage.

Bomben-Attentat.

Saigon, 28. April. Samstag abend 7 Uhr warf ein Anamite eine Bombe in ein Café, wo französische Offiziere und Beamte saßen. Die Kommandanten Chapuis und Mondigenes wurden getötet, 6 Europäer und 5 Eingeborene verwundet. Der Attentäter entfloh. Der General-Gouverneur hat Plakate anschlagen lassen, in welchem er an den Patriotismus und die Kaltblütigkeit der französischen Bevölkerung appelliert und sie auffordert, die Ruhe zu bewahren. Eine große Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen. — Der „Courier Haiphon" schreibt zu dem Attentat: Die Polizei hat in Saigon und Cholon acht Bomben entdeckt, die in einen Aufruf in anamitischer Sprache eingewickelt waren und in dem zum Aufstande der Eingeborenen aufgefordert wird. Die Bomben waren beim Justizpalast, dem Polizeiamt und anderen öffentlichen Gebäuden niedergelegt. Die gleichen anamitischen Aufrufe wurden auch in zahlreichen anderen Städten Cochinchinas verbreitet. Eine Untersuchung ist eingeleitet. 24 Anamiten, von denen die meisten angesehene Leute sind, wurden verhaftet. Sie sollen einer geheimen Gesellschaft angehören. Auch an Bord des Dampfers Doudt wurde ein Eingeborener verhaftet, bei dem zahlreiche belastende Schriftstücke gefunden wurden. Man glaubt, daß es sich um eine anamitische Umsturzbewegung handelt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 30. April.

Auf zur Maifeier!

Das Proletariat der ganzen Welt vereinigt sich am morgigen Tage zu einer einheitlichen, machtvollen Demonstration unter der Devise:

Für den Achtstundentag!
Für Arbeiterschutz!
Für den Weltfrieden!

Der 1. Mai ist der Tag, an dem die Arbeiterschaft der ganzen Welt einmütig, friedlich, entschlossen und zielbewußt für ihre Forderungen demonstriert, die der Menschheit eine höhere Kultur bringen sollen.

Auch die **Karlsruher Arbeiterschaft** darf bei dieser Kundgebung nicht fehlen. Alle Männer und Frauen, die den

Fortschritt der Sozialpolitik

wollen, die

für den Völkerfrieden und die Abrüstung, für Sozialismus und die Demokratie

sind, mögen sich am morgigen Tage vereinigen zur einmütigen Demonstration in der Festhalle.

Klara Zetkin, die unermüdliche, unerschrockene Vorkämpferin für den Sozialismus, die Kämpferin für Frauenrechte, wird die Maifestrede halten. Auf denn, **Arbeiter und Arbeiterinnen,** auf zur

Mai-Demonstration in der Festhalle!

Daxlanden.

Wir ersuchen hiermit die hiesige Arbeiterschaft, sich morgen recht zahlreich an der Maifeier in Karlsruhe zu beteiligen. Abmarsch prozis 9 Uhr vom „Karlsruher Hof". Auch machen wir darauf aufmerksam, daß heute abend im Gasthaus zur „Linde" eine Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Vereins stattfindet, wozu die dazu gehörigen Genossen unbedingt zu erscheinen haben.

Sitzung des Bürgerausschusses

Endlich, endlich kann man auch vom hiesigen Rathaus einmal einen kleinen Fortschritt berichten — natürlich gegen den Willen des Stadtrats. Zwei Vorlagen lehnte der Bürgerausschuß gestern mittag „seinem" Stadtrat ab: die Vorlage betr. die Sonntagsruhe und die Vorlage betr. Lustbarkeitssteuer. Die stadträtliche Vorlage über die Sonntagsruhe war eine Kompromißgeburt, die eine Halbheit nach jeder Richtung hin war, geschaffen nach dem Schema: Ja niemand wehe tun. Diesem Gebilde gegenüber stand die sozialdem. Fraktion mit ihrem Antrage: **Völlige Sonntagsruhe im ganzen Handelsgewerbe,** mit Ausnahme der Sonntage im Dezember. Damit war reiner Tisch gemacht, damit war den Wünschen der Handelsangestellten und der übergroßen Mehrheit der Inhaber entsprochen, damit schloß sich auch Karlsruhe, wie Gen. M. Marum in seiner trefflichen Begründung ausführte, den anderen süddeutschen Residenzen an. Die Einführung der völligen Sonntagsruhe ist zwar ein Fortschritt an sich, aber besonders stolz braucht die Stadt darauf nicht zu sein, denn die Einführung der völligen Ruhe erfolgte erst im Jahre 1913, die Stadt hinkt also bedeutend hinter vielen anderen Städten her. Bezeichnend ist, daß auch die Mehrheit des Stadtrats für den sozialdemokratischen, vom Zentrum ergänzten (statt „Sonntage im Dezember" wird „Adventssonntage" gesetzt) Antrag stimmte, also ihre eigene Vorlage verließ. Einen großen Teil dieses Erfolges kann der Zentralverband der Handlungsgehilfen für sich buchen. Seiner rührigen Agitation ist es zuzuschreiben, wenn die Sonntagsruhebewegung hier immer größeren Boden gewann. Die Handelsangestellten werden nicht verfehlen, diesem Verbande ihre Anerkennung für sein rücksichtsloses, unentwegtes Eintreten einzig und allein für die Interessen der Angestellten, ihre Anerkennung durch Eintritt in seine Reihen auszusprechen. — Die zweite wichtige Vorlage war der Antrag auf Einführung einer Lustbarkeitssteuer. Auch dieses reaktionäre Gebilde wurde abgelehnt. Wer auch noch ein bißchen Gefühl für Gerechtigkeit hatte, konnte unmöglich einem solchen Projekte, das eine einseitige schwere Belastung eines Gewerbes darstellte, seine Zustimmung geben. Die sozialdem. Fraktion war geschlossen gegen die Vorlage. Das Zentrum ebenso geschlossen dafür — aus Prinzip. Vergnügungen sind sündhaft und wenn die Sünde begangen wird, dann soll der Sünder wenigstens dafür blechen; neben den himmlischen Strafen also auch noch irdische. Die liberalen Parteien waren geteilt, wie immer. Das komischste Bild bot der Fortschritt. Der Fortschrittsprofessor Helbing war für die Steuer, er hält die Kinos für schädlich. Modern denkende Menschen arbeiten aber dann dahin, die Schäden auszumerzen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Kinos wirkliche Bildungsinstitute sein werden. Ein modern denkender deutscher Professor sollte solch eine Entwicklung fördern, anstatt sie zu hemmen, indem er eine Steuer auf diese Institute gelegt wissen will. Als Material für die „Knallerbs" legten wir die Ansicht des Herrn Professors in unsere Mappe, daß er auch für die Steuer sei, weil dann durch die höheren Eintrittspreise die Arbeiter verhindert würden, in die Kinos zu gehen und dann mehr Zeit hätten — über ihre Lage nachzudenken. Neben diesem Fortschrittler bewegte sich auch der nationalliberale Stadtrat Kölsch in der Gesellschaft des Zentrums. Herr Kölsch trat im Interesse des — Fremdenverkehrs für die Steuer ein. Ueber die bei seinen Reden entwickelte Logik wollen wir lieber den Schleier der Vergessenheit decken, die Heiterkeit im Saale war Strafe genug.

Die Vorlage, gegen die unsererseits Gen. Trinks wirkungsvoll sprach, wurde schließlich abgelehnt.

Neben den beiden fortschrittlichen Taten darf natürlich auf dem Karlsruher Rathaus auch eine rückschrittliche nicht fehlen. Die Mehrheit des Bürgerausschusses lehnte alle Verbesserungsanträge der sozialdem. Fraktion betr. Aenderung des Ortsstatuts für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht ab. Die schönsten Scharfmacherreden wurden da gehalten.

Die besten Begründungen unserer Vorschläge seitens der Gen. Rückert und Hof prallten wirkungslos ab, alle Anträge wurden niedergestimmt. — Bemerkenswert ist noch, daß der Bau einer Straßenbahnlinie Kaiserstraße—Hans Thomastraße (zum Theater) abgelehnt wurde. Allgemein wurde die Ansicht geäußert, daß andere Linien nötiger sind. Gen. Rastetter trat in scharfer Weise für die Wünsche Daxlandens ein, ebenso Gen. Schwall für die Interessen der Südstadt, namentlich der Rüppurrerstraße.

*

O.-B. **Siegrist** eröffnete 3¼ Uhr die Sitzung. Anwesend sind 69 Mitglieder.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Es wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß mit Wirkung vom 1. Mai 1913 an Stelle der ortsstatutarischen Bestimmung vom 15. Dezember 1904 in der Fassung des Bürgerausschußbeschlusses vom 29. Mai 1911 für den Bezirk der Stadtgemeinde Karlsruhe die nachstehende ortsstatutarische Bestimmung erlassen wird: „Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen — sofern an diesen Tagen eine Beschäftigung derselben überhaupt zulässig ist und vorbehaltlich der von der Polizeibehörde zu gestattenden Ausnahme — in den Monaten Oktober bis einschließlich April nur in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, in den übrigen Monaten — Mai bis einschließlich September — gar nicht beschäftigt werden."

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist folgender **Antrag** eingelaufen:

„Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der Sonntage im Monat Dezember, nicht beschäftigt werden."

O.-B. **Siegrist** teilt mit, daß der Stadtrat noch nicht Stellung genommen hat zu diesem Antrag. — Bgmstr. **Horstmann** empfiehlt die Annahme der stadträtlichen Vorlage. — Stadtv. **Trenkle** teilt mit, daß auch der Stadtv.-Vorstand sich dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen habe, vollständige Sonntagsruhe im ganzen Jahre, mit Ausnahme der Sonntage im Dezember vor Weihnachten.

Stadtv. **Max Marum**

begründet den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Vor allem sei zu bemängeln, daß die Vorlage zu spät eingelaufen sei, es dürfte kaum irgendwo vorkommen, daß ein Gesetz erst zwei Tage vor seinem Inkrafttreten verabschiedet werden soll. Man hätte neben dem Obergutachten der Handelskammer auch dasjenige der Verbände einholen sollen, die mindestens gerade so objektiv geurteilt hätten wie die Handelskammer. 1910 waren es noch 160 Gegner, jetzt sind es noch 55, die Bewegung für volle Sonntagsruhe macht also Fortschritte auch bei den Geschäftsleuten. Alle süddeutschen Residenzen, Stuttgart, München und Darmstadt, haben volle Sonntagsruhe. Da sollte sich nun auch Karlsruhe anschließen. Er empfehle die Annahme des sozialdemokratischen Antrags auf völlige Sonntagsruhe. — Stadtv. **Kirchmeier** teilt die Zustimmung der fortschrittlichen Fraktion zum Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit. — Stadtv. R. **Dietrich** spricht gegen die völlige Sonntagsruhe. Diese solle von Reichswegen eingeführt werden. Eine große Firma habe erklärt, daß sie im Herbst einen Teil ihrer Angestellten entlassen würde, wenn die völlige Sonntagsruhe eingeführt würde. Die Sache sei noch nicht reif. — Stadtv. **Trenkle** erklärt die Zustimmung der Zentrumsfraktion zum Antrage auf völlige Sonntagsruhe. Der Widerstand in der Geschäftswelt sei nicht so groß, als der Vorredner es geschildert habe. Es handle sich nur darum, sich daran zu gewöhnen. — Stadtrat **Kölsch** ist erstaunt, daß die Linke des Hauses, die sonst immer für die Freiheit sei, die Unfreiheit zum Gesetz machen wolle. Man solle an die kleinsten Geschäfte denken, die ohne Gehilfen arbeiten. Im Interesse eines großen Teils der Bürger bitte er, den Antrag des Stadtrats anzunehmen. — Stadtv. **Rückert:** Die rührende Rede des Herrn Kölsch kann uns nicht abbringen von unserm Standpunkt. Gerade weil auch ein großer Teil der Prinzipale selbst die Freiheit der Sonntagsruhe wünscht, neben den Angestellten, wollen wir die völlige Sonntagsruhe. Wenn die Vorlage des Stadtrats angenommen wird, dann wird die Ruhe nicht eintreten, wie der Stadtrat meint. Wenn Ruhe eintreten soll, dann kann sie nur durch völlige Sonntagsruhe kommen. Der Gesetzgeber wird nicht eher kommen, bis die großen Städte vorausgegangen sind. Erst wenn diese den Beweis erbracht haben, daß die völlige Sonntagsruhe ohne Schaden ist, dann wird der Reichstag gesetzlich die Ruhe einführen. Der Stadtrat hätte bei so einschneidenden Fragen sich nicht allein an die Arbeitgeber wenden sollen, sondern auch an die Angestellten. Wenn wir das Wort Freiheit anwenden wollen, so ist das Wort mehr berechtigt, wenn wir die Freiheit an allen Sonntagen des Jahres für die Angestellten einführen. — Stadtv. **Neuefüß** tritt auch für die völlige Sonntagsruhe ein. — Stadtrat **Kolb** weist darauf hin, daß die reichsgesetzliche Regelung nicht kommt, solange die Städte sie nicht einführen. Die Gründe dagegen sind nicht stichhaltig. Jedes soziale Gesetz bringt Unstimmigkeiten. Es geht nicht, daß man einzelne Geschäfte, z. B. Detailgeschäfte, herausnimmt. Es ist ausgeschlossen, daß Geschäfte zugrunde gehen sollen wegen zwei Stunden an den Sonntagen. Einem Geschäft, das von diesen zwei Stunden seine Existenz abhängig machen will, ist der Lebensfaden schon abgeschnitten. Diese zwei Stunden retten kein Geschäft. Es ist sicher, daß, wenn wir die Sonntagsruhe einführen, Ettlingen, Durlach usw. sofort nachfolgen werden. — Stadtv. **Frühauf:** Wegen des letzten Viertels rückständiger Leute Rücksicht nehmen, wäre nicht zu verantworten. Die Engländer und Amerikaner haben schon lange auf die „Freiheiten" des Herrn Kölsch verzichtet. So lange man nicht andere Freiheiten in Deutschland einführt, kann man auf solche Freiheiten verzichten. Karlsruhe solle sich den Städten anschließen, die die Sonntagsruhe schon längst beschlossen haben. — Stadtv. R. **Dietrich** polemisiert gegen Stadtrat Kolb. Die Detaillisten hätten mit Mehrheit die Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses seinerzeit verlangt. Es solle aber hier ein Sondergesetz geschaffen werden, gegen das sich jeder vernünftige Mensch wenden sollte. — Bürgermeister Dr. **Horstmann** wendet sich gegen den Vorwurf, die Vorlage sei zu spät eingebracht worden, ebenso daß der Stadtrat sich einseitig informiert habe. Der Stadtrat habe gewußt, wie das Gutachten der Gehilfenschaft ausfallen würde, deshalb habe man von dieser Seite kein Gutachten einzuholen brauchen. Der Stadtrat bezwecke mit der Vorlage, einen Ausgleich zu schaffen

zwischen denen, die die völlige Sonntagsruhe wollen und denen, die sich geschädigt glauben. Der Stadtrat kann sich über die Interessen der letzterern Geschäfte nicht kaltlächelnd hinwegsetzen. Er empfiehlt deshalb die Annahme der stadträtlichen Vorlage. — O.-B. **Siegrist** verliest einen Antrag der Zentrumsfraktion, der insofern von dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion abweicht, als er die vier Adventssonntage, auch wenn einer noch in den November fällt, freilassen will. — Stadtv. **Sauer** erklärt die Zustimmung der sozialdem. Fraktion, also vier Sonntage vor Weihnachten. — Es folgt nun die Abstimmung. Der „schwarz-rote" Antrag wird gegen sechs Stimmen und die der vier Bürgermeister angenommen. Der Stadtrat hat jetzt noch zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Da die Mehrheit des Stadtrats, wie Stadtv. Rückert in einem Zwischenruf bemerkt, für den Antrag des Zentrums und der Sozialdemokratie stimmte, ist der Entscheid nicht zweifelhaft. Karlsruhe wird sich also in die Reihe der deutschen Städte mit völliger Sonntagsruhe einreihen können. Endlich ein Fortschritt.

Aenderung des Ortsstatuts über das Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Als wichtige Aenderungen sind vorgeschlagen: Die Gesamterneuerung sämtlicher Beisitzer alle drei Jahre (bisher wurden die Beisitzer auf sechs Jahre gewählt, wobei alle drei Jahre die Hälfte ausschied.) § 5 betr. Ergänzungswahl fällt weg. Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, zu welcher sie einberufen und erschienen sind, als Entschädigung für Zeitversäumnis 6 Mk. Die Wahl der Beisitzer wird von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesondert nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorgenommen. Ueber die Wahl selbst sind verschiedene Vorschriften neu festgesetzt. Zur Ausübung des Wahlrechts werden in hinreichender Zahl örtliche Wahlstellen errichtet. Die Stimmzettel müssen mit einer der eingereichten und vom Stadtrat veröffentlichten Wahlvorschlagsliste genau übereinstimmen (gebundene Listen).

Zu dieser Vorlage sind eine Reihe von Abänderungsanträgen vom geschäftsleitenden Vorstand eingelaufen, sowie folgende von seiten der sozialdemokratischen Fraktion:

1. Der § 5 die Einnahmen des Gewerbegerichts betr. soll gestrichen werden.
2. In § 9 soll hinter Absatz i folgendes eingefügt werden: „Zu jeder Sitzung des Gewerbegerichts sind zwei Beisitzer aus dem Stande der Arbeitgeber und zwei Beisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer zu berufen."
3. Die Wahlzeit soll auf 11—3 und von 5—8 Uhr festgesetzt werden.

Bgmstr. **Horstmann** begründet die stadträtliche Vorlage. — Stadtv.-Obmann **Sauer** begründet die Abänderungsanträge des geschäftsleitenden Vorstandes, die nur eine Vereinfachung des Wahlverfahrens bezwecken. Den übrigen Anträgen hat sich der geschäftsleitende Vorstand nicht anschließen können. — Stadtv. **Kiby** bemerkt zur Geschäftsordnung, daß die Anträge des geschäftsleitenden Vorstandes den Mitgliedern gedruckt zugestellt werden möchten, damit dieselben die Sache genau prüfen können. So könne man sich jetzt nicht die Tragweite der Anträge klar machen. — Stadtv.-Vorst. **Sauer** bemerkt, daß man dem Vorschlage zustimmen könne.

Stadtv. **Rückert**:

Die Vorlage enthält manchen Fortschritt, so in bezug auf die gebundenen Listen. Auch die Wünsche bezüglich des Wahlverfahrens unterstützen wir aufs wärmste. Die Bedenken des Herrn Bürgermeisters Horstmann sind hinfällig. Die Kontrolle ist nach dem neueren Vorschlage viel besser, denn der Wähler hat eine Karte als Legitimation, die leicht zu prüfen ist. In andern Städten ist die Gebührenfreiheit eingeführt, auch hier sind Bedenken in finanzieller Hinsicht kaum stichhaltig. In Mannheim ist die Prozeßlust nicht größer geworden wegen der weggefallenen Gebühren. Mancher, der den Bescheid nicht kennt, wird sich aber beim jetzigen Zustand scheuen, aufs Gericht zu gehen, er meint, die Kosten seien sehr hoch. Wir haben doch alle Ursache, das Recht allen zukommen zu lassen. Auch der Wunsch der doppelten Besetzung ist berechtigt. Von 36 Städten haben 31 doppelte Besetzung und 5 eine wie in Karlsruhe. Der Antrag ist aus der Auffassung der Arbeiterschaft entsprungen, daß das Vertrauen in die Rechtsprechung viel größer ist bei doppelter Besetzung wie bei nur einfacher. In vielen Statuts ist die Wahlzeit ebenfalls aufgenommen. Auch hier sollte das geschehen, denn dann hat man Gewähr, daß sie auch eingehalten wird, daß den Bedürfnissen der Beteiligten Rechnung getragen wird. Wenn immer von neuem die Wahlzeit festgelegt wird, dann wird es Unsicherheit bei der Arbeiterschaft erzeugen. Bezüglich der Neubesetzung des Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts hat die Arbeiterschaft den Wunsch, daß bei der Wahl der Stadtrat vorsichtig auswählt und versucht, einen erfahrenen, älteren Mann, der dem Posten voll gewachsen ist, zu wählen. — O.-B. **Siegrist** sagt Berücksichtigung des letzteren Wunsches zu. — Bgmstr. **Horstmann** tritt nochmals dafür ein, daß es dem Stadtrat überlassen bleiben soll, die Wahlzeit festzusetzen, da es sich um verschiedene Wahlen handelt. Der Stadtrat werde loyal handeln. Die Annahme des Antrags auf Beiziehung von vier Beisitzern könne nur dahin führen, daß der Vorsitzende dann viele Streitfälle zu erledigen versucht ohne Beisitzer. Der beabsichtigte Zweck werde also nicht erreicht. Auch für die weiteren Abänderungsanträge liegen keine triftigen Gründe vor. — Stadtv. Dr. **Schneider** lehnt namens der nationalliberalen Fraktion die sozialdemokratischen Anträge ab. Derjenige, der die Prozeßkosten verschuldet hat, solle auch zu den Kosten beitragen. Die Sozialdemokratie wolle hier nur ihre Programmforderungen, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, durchdrücken. Man solle nicht immer und immer auf andere Städte verweisen. (Es ist natürlich den nationalliberalen Herren immer unangenehm, wenn auf Städte verwiesen wird, die liberaler sind. D. Red.) Die Güte der Rechtsprechung wird nicht gebessert durch Vermehrung der Beisitzerzahl, auch werde das Verantwortlichkeitsgefühl geschwächt. Betreffend des Wahlverfahrens und der Wahlzeit teilt Redner die Ansicht des Bürgermeisters Horstmann. — Stadtv. **Oberle** will die Gebühren beibehalten wissen, da sonst noch mehr Lappalien vorgebracht würden. Die bisherige Zahl von zwei Beisitzern habe sich bewährt. — Stadtv. **Maier** spricht auch gegen die völlige Gebührenfreiheit. Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht soll den Charakter einer Vergleichsbehörde haben, der den Gerichten durch die Gebührenfreiheit genommen würde. Weiter aber tritt Redner für die stadträtliche Vorlage ein. Zweckmäßig wäre es allerdings, wenn die Wahlzeit im Statut festgelegt würde. Unklar sei im Statut, wie es bei den Wahlberechtigten sei, die arbeitslos werden. Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht hätte auch gehört werden sollen bei der Regelung der Sonntagsruhe. — Bgmstr. Dr. **Horstmann** entgegnet kurz.

Stadtv. **Hof**

empfiehlt nochmals die Annahme der sozialdemokratischen Anträge. Sie sind entstanden aus praktischen Erwägungen. Wir haben mit der Festlegung der Wahlzeit auf die Handwerker und Handelsangestellten Rücksicht genommen. Es soll jenen, die am Mittag nicht wählen können, Gelegenheit gegeben werden, am Abend ihr Wahlrecht ausüben zu können. Das Gemeindegericht könne nicht als Vergleich herangezogen werden. Die Befürchtung, daß die Prozesse sich häufen bei Gebührenfreiheit, ist ungerechtfertigt. Wer nicht klagen muß, der geht nicht unnötigerweise zum Gericht. In Mannheim hat man die besten Erfahrungen gemacht. Herr Schneider meinte, die Wahlbeteiligung wäre nicht groß. In der Südstadt haben aber nicht nur Hunderte, sondern Tausende bei der letzten Wahl nicht wählen können. Was wir verlangen, liegt im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. Warum will man hier die doppelte Besetzung nicht anerkennen, wo viele soziale Institutionen diese Besetzung haben? Der Rechtsprechung kommt das nur zugute. — Stadtv. **Anselmend** behauptet, sehr viele Prozesse würden leichtsinnigerweise eingereicht, das wäre bei Gebührenfreiheit noch ärger. Weiter wendet sich auch dieser Arbeitgeber gegen die doppelte Besetzung und die Eintragung der Wahlzeit ins Statut. — Stadtv. **Kappes** wendet sich auch gegen die sozialdem. Anträge. — O.-B. **Siegrist** kann die Erfüllung der sozialdemokr. Wünsche betr. Wahlzeit, doppelte Besetzung und Gebührenfreiheit von seiten des Stadtrats nicht in Aussicht stellen.

Es folgt nun die Abstimmung. Der erste Abänderungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Der Abänderungsantrag betr. doppelte Besetzung wird ebenfalls mit derselben Mehrheit abgelehnt.

Der Abänderungsantrag des geschäftsleitenden Vorstandes betr. des Wahlverfahrens, daß die Wählerkarten abgestempelt an die Wähler zurückgehen und diese Karte dann als Legitimation gilt, wird gegen wenige nationalliberale Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Abänderungsantrag betr. Wahlzeit wird abgelehnt. (Schluß folgt.)

Die Gesamtprobe der Arbeitergesangvereine beginnt morgen um 9 Uhr, nicht, wie gestern angegeben, um 10 Uhr.

Die Vertreter der Sportsvereine seien nochmals auf die heute abend halb 9 Uhr in der „Gambrinushalle" stattfindende Besprechung wegen der Sportsecke im „Volksfreund" hingewiesen.

Zur Maifeier statt zum Rosenkranz wird heuer der katholische Dienstbotenverein der Stadt Karlsruhe von dessen Vorstandschaft eingeladen. Diese Maifeier wird am Donnerstag nachmittag 4 Uhr im Franziskushaus hier abgehalten. Das Referat hat die Frau Klara Philipp übernommen.

Wie sich doch die Zeiten ändern! Aus der guten alten Zeit war mans bisher immer noch gewöhnt, die katholischen Dienstboten an Christi- und den sonstigen Himmelfahrtstagen zum Rosenkranz usw. versammelt zu sehen. Dabei hatten die Dienstboten den Vorteil, daß sie nichts zu denken brauchten. Aber wie alles in der Welt, drängts auch bei den Dienstboten nach vorwärts zu etwas Neuem. So tuts halt jetzt der Rosenkranz nimmer, am Himmelfahrtstag macht man jetzt eine solenne Maifeier mit einem Referat! Vom Franziskushaus werden die katholischen Dienstboten dann in die Festhalle zur sozialdemokratischen Maifeier kommen, um nach der schwarzen auch die rote Maifeier zu genießen! Was doch die schwarzen Gerissenen alles für Einfälle bekommen müssen, um ihre Schäflein an sich zu locken und bei sich zu halten!

Einen Tobsuchtsanfall erlitt Montag nachmittag in der Kreuzstraße ein lediger Taglöhner von hier. Er wurde mittels Krankenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Ueberfahren wurde durch einen Radfahrer Montag nachmittag in der Rheinstraße hier ein fünfjähriges Mädchen. Das Kind, welches unvorsichtigerweise in das Fahrrad gesprungen war, erlitt eine Verletzung am Kopfe.

Diebstahl. 36 Flaschen Bier, 6 Flaschen Sprudel, 150 Zigarren, 100 Zigaretten und 1 Paket Streichhölzer entwendete in der Nacht von 26. auf 27. l. M. ein Unbekannter aus einer Hütte gegenüber dem Güterbahnhof.

Diebstähle. An Sonntag nachmittagen wurden in letzter Zeit in der Westadt wiederholt Diebstähle in Wohnungen verübt, deren Inhaber spazieren gegangen waren. Auch am letzten Sonntag wurde eine Wohnung in der Grenzstraße mittels Nachschlüssels geöffnet, ein Vertikow und eine Kassette erbrochen und daraus 309 Mk., bestehend aus einem Hundertmarkschein, sieben Fünfmankscheinen und zwei Zwanzigmarkstücken, sowie aus Silbermünzen, entwendet. Um sachdienliche Mitteilungen, welche zur Ermittlung des Täters führen können, an die Schutzmannschaft wird ersucht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Kühlen Krug findet am Himmelfahrts-Vormittag ein Frühschoppenkonzert bei freiem Eintritt statt, wobei ein vorzüglicher Maibock zum Ausschank gelangt.

Stadtgarten-Konzert. Morgen Himmelfahrtstag, 1. Mai, vormittags von halb 12 bis mittags halb 1 Uhr wird im Stadtgarten bei günstiger Witterung die Feuerwehr- und Bürgerkapelle Karlsruhe unter der Leitung des Musikdirektors H. Liese, kgl. Obermusikmeister a. D., ein Freikonzert veranstalten. Es werden nachfolgende Musikstücke zum Vortrag gebracht werden: 1. „Die Dankbarkeit" Lied ohne Worte von Liese. 2. Ouverture zur Operette „Prinz Methusalem" von Strauß. 3. „Für Dich!" Gavotte von Wenzel Schuster. 4. „Laßt den Kopf nicht hängen" Potpourri v. Lincke. 5. Dollarwalzer a. d. Operette „Die Dollarprinzessin" v. Fall. 6. Studentenlieder, Marsch, von Meinerzhagen.

Letzte Nachrichten.

Die Wehrvorlage in der Budgetkommission.

Berlin, 29. April. Budgetkommission des Reichstages: Schluß. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Elsässers wurde die Erhöhung der Etatsstärken bei der Infanterie mit im ganzen 252 Bataillonen zu je 721 Mann und 246 Bataillonen zu je 641 Mann angenommen. Mit derselben Mehrheit wurde die Kavallerievermehrung angenommen und zwar 516 Eskadrons mit je 144 Mann und 126 Dienstpferden. Der künftige Etat bei den fahrenden Batterien der Feldartillerie soll bei 255 Batterien je 143 Mann und hundert Dienstpferde, bei 345 Batterien je 124 Mann und je 75 Dienstpferde, bei den 33 reitenden Batterien je 137 Mann und je 144 Pferde betragen. Mit derselben Mehrheit wurden die angeforderten Verstärkungen für die Fußartillerie und Pioniere, die Verkehrstruppen und den Train bewilligt.

Gegen 5 Uhr nachmittags beschloß die Kommission, weiter zu tagen und bewilligte die beantragten Lehrbataillone.

Die portugiesische Gegenrevolution.

Lissabon, 29. April. Die Regierung hat heute morgen folgende Note veröffentlicht: Zwei Mann von der Besatzung des Kreuzers „San Gabriel" feuerten heute früh um 1 Uhr 40 Minuten auf See drei Schüsse ab. Während die Besatzung zusammenlief, gelang es den Urhebern der drei Schüsse, sich unter die anderen zu mischen, so daß sie unerkannt blieben. Zu welchem Zwecke sie die Schüsse abgegeben haben, ist unbekannt. Der Kommandant begab sich sofort an Bord, wo er die Besatzung ruhig und vollzählig vorfand.

Der Balkan-Konflikt.

Wird Oesterreich-Ungarn vorgehen?

Wien, 29. April. Genauere Nachrichten aus London stellen außer Zweifel, daß auch in der gestrigen Sitzung der Londoner Botschafter die Verschleppungspolitik fortgesetzt worden ist. Oesterreich-Ungarn hat sich für diesen Fall vorbehalten, selbständig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Räumung Skutaris herbeizuführen. Dieser Vorbehalt ist, wie es scheint, nicht überall ernst genommen worden, Oesterreich-Ungarn wird die angekündigten Maßnahmen treffen. Halbamtlich wird dieser Feststellung hinzugefügt, daß gegenwärtig ein reger Meinungsaustausch zwischen Rom und Wien stattfindet; er betrifft selbstverständlich das etwaige Zusammengehen Italiens mit Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. April. Heute nachmittag fand eine Konferenz der gemeinsamen Minister statt, der auch der Generalstabschef Frhr. Conrad v. Hötzendorff beiwohnte.

Wien, 29. April. Wie heute aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird Oesterreich-Ungarn am Donnerstag seine Truppen in Montenegro einmarschieren lassen. Der Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, ist heute nachmittag um halb 3 Uhr beim Kaiser erschienen, um ihm einen über zweistündigen Vortrag zu halten. Als der Minister des Auswärtigen zurückgekehrt war, wurde bekannt, daß die diplomatische und militärische Lage nicht mehr einen Aufschub der militärischen Aktion zulasse, weshalb morgen von österreichischer Seite in Cetinje ein Ultimatum überreicht werden soll, das Montenegro eine Bedenkzeit von 24 Stunden gibt. Man erfährt von maßgebenden Stellen, daß von den Verhandlungen der Großmächte eine Aenderung der Lage nicht zu erhoffen sei. Auch eine Erklärung König Nikitas würde nicht mehr angenommen werden. Selbst eine Räumung Skutaris würde den bereits an die österreichischen Truppen ergangenen Befehl nicht rückgängig machen. Wenn Montenegro nicht unzweideutig durch Wort und Tat auf Skutari feierlich Verzicht leistet, muß Oesterreich-Ungarn seine Aktion bis zu Ende durchführen. Heute ist es entschieden; es gibt kein Zurück.

Heute mittag erschien der Kriegsminister, der am Vormittag vom Kaiser empfangen wurde, im Ministerium des Aeußern und hatte eine einstündige Unterredung mit Graf Berchtold. Nachdem er sich verabschiedet hatte, wurde die halbamtliche Erklärung verlautbar, die bereits gemeldet wurde: Oesterreich-Ungarn erklärt, infolge der Ergebnislosigkeit der gestrigen Botschaftervereinigung sich nicht mehr an die weiteren Ergebnisse gebunden zu erachten, sodaß es von dem Recht der freien Hand Gebrauch machen kann.

Das österreichische Ultimatum.

Wien, 29. April. Von autoritativer Seite wird mir mitgeteilt, daß ein österreichisch-ungarisches Ultimatum voraussichtlich schon morgen an Montenegro abgehen wird. Die Botschafterversammlung am Donnerstag müsse zeigen, welche Mächte dem Schritte Oesterreich-Ungarns sich anschließen werden. Gegenwärtig findet ein reger Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt.

Die eingangs erwähnte autoritative Stelle erklärt zur Begründung des angekündigten Schrittes: Bekanntlich hat Oesterreich-Ungarn sich vorbehalten, falls in der gestrigen Londoner Konferenz keine Einigung zustande komme, selbständig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Räumung Skutaris herbeizuführen. Dieser Fall ist eingetreten und Oesterreich zieht die Konsequenz.

Die Stimmung an der Börse.

Wien, 29. April. Die Wiener Börse verflaute auf die politischen Gerüchte, auch die Berliner Börse wurde flau auf die Nachricht, daß in Wien ein Kronrat einberufen worden sei.

Wasserstand des Rheins.

30. April.

Schusterinsel 2.15 m, gest. 5 cm, Kehl 2.91 m, gef. 1 cm, Maxau 4.49 m, gest. 5 cm, Mannheim 3.76 m, gef. 2 cm.

Vereinsanzeiger.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Baden). Donnerstag, 1. Mai, morgens 9 Uhr, findet in der Festhalle für sämtliche Sänger unserer Gauvereine Groß-Karlsruhe Gesamtprobe statt und wünschen wir vollzähliges und pünktliches Erscheinen. Der Gauvorstand.

Des weiteren benachrichtigen wir die tätl. Vereinsvorstände, daß nächsten Samstag abend halb 9 Uhr in der „Eiche" eine Besprechung mit sämtlichen Festführern stattfindet und ersuchen wir die Vorstände, die von ihnen vorgeschlagenen Mitglieder um gefälliges Erscheinen zu veranlassen. 679 D. O.

Durlach. (Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".) Anläßlich der Maifeier findet am 1. Mai ein Festzug statt, an welchem wir uns vollzählig beteiligen. Zusammenkunft punkt 1 Uhr im Lokal, woselbst auch die Schärpen in Empfang genommen werden können. Näheres siehe Inserat.
732 Der Ortsgruppenleiter.

Forst. (Sozialdem. Verein.) Sonntag nachmittag 2 Uhr Versammlung mit Vortrag des Genossen Abele: „Unsere Stellung zur Religion". 707

Geschäftliches.

Ein ehelicher Zwist auf offener Straße spielte sich gestern hier ab. Wie es schien, hatte die alte Geschichte — ewige Knappheit im Haushalt trotz aller Beschränkung — bei dem noch jungen Paar in dieser ungeeigneten Umgebung zur Explosion geführt. — „Die Steuer! Die Kohlen! Die Schuhe für die Kinder! Was blieb wieder übrig! Ich habs jetzt satt!" Die erregte junge Frau fing an, aufzubellen, sodaß ihr Begleiter ersichtlich aufatmete, als sie zwischenhinein einen Laden betrat. Bald erschien sie aber wieder — mit einem ruhigen, zufriedenen Lächeln! „Sei wieder gut, lieber Dicke! Fein heraus! Jeden zweiten Tag kriegt ihr jetzt statt Fleisch eine — Sauce! Eben hat man mirs gezeigt — etwas ganz Neues von Rotti! Zehn verschiedene, unglaublich nahrhafte und delikate Saucen-Würfel! Morgen gibts z. B. Reis mit Rotti-Tomaten-Sauce! Es lebe Rotti, der ja auch die großartigen Rotti-Suppen, Bouillonwürfel und Rotti-Würze macht!"

Freitag
beginnt mein grosser

Pfingst-Sonder-Verkauf

Aussergewöhnlich billige Preise!

Sonder-Auslagen
Wasch-Blusen
Spitzen-Kragen
Bulgaren-Kragen
Bulgaren-Gürtel
Handschuhe

Sonder-Auslagen
Wasch-Unterröcke
Wasch-Anzüge
Damen-Schürzen
Kinder-Schürzen
Strümpfe

Durlach
Hauptstr. 56a.

Paul Burchard

Karlsruhe
Kaiserstr. 143.

743

Messe-Wirtschaften.

Die Berechtigung zum Betrieb von zwei Wirtschaften in dem Schuppen auf dem hiesigen neuen Meßplatze, während der **Früh- und Spätjahrsmesse 1913** soll unter den hiesigen Wirten versteigert werden.

Steigerungslustige sind auf **Montag den 5. Mai d. J., morgens 9 Uhr,** in das städtische Gebäude Karl Friedrichstraße Nr. 8, Eingang Zähringerstraße, eine Treppe hoch (Zwischenstock) eingeladen.

Die Steigerungsbedingungen liegen im Rathaus (2. Stock, Zimmer Nr. 80) während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf.

Karlsruhe den 29. April 1913. 719

Die Meßinspektion.

vom 30. April bis 2. Mai

Riesen-Programm

mit 15 Nummern. 731

Comtesse Sarah ergreifendes Drama in 2 Akten.
Die weisse Rose Indianer-Film!
nebst weiteren 13 Nummern.

Schillerstrasse 22 — Ecke Göthestrasse

Aus der Fülle des reichhaltigen Programms.

Nur drei Tage!

Mittwoch, den 30. April, Donnerstag, den 1. und Freitag, den 2. Mai 1913:

Mensch und Raubtier!

Dieser Film zeigt die packendsten Szenen und Abenteuer einer handvoll verwegener Jäger unter Führung des berühmten Wildwestreiters Buffalo Jones. **Wildeber, Schakale, Hyänen, Rhinozerosse, Giraffen, Panther, Tiger und Löwen** werden unter den grössten Gefahren lebend gefangen.

Buchhandlung Volksfreund Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Redigiert von **Klara Zetkin.**

Mit den Beilagen: **„Für unsere Mütter und Hausfrauen". — „Für unsere Kinder."**

Erscheint alle 14 Tage in Nummern à 10 Pfg. oder bei Postbezug vierteljährlich 65 Pfg. (inkl. Bestellgeld).

Herd, noch fast neu, 1/4 Jahr gebraucht, ist platzmangelhalber billig zu verk. bei **Jaenike, Luisenstr. 57,** III. l.

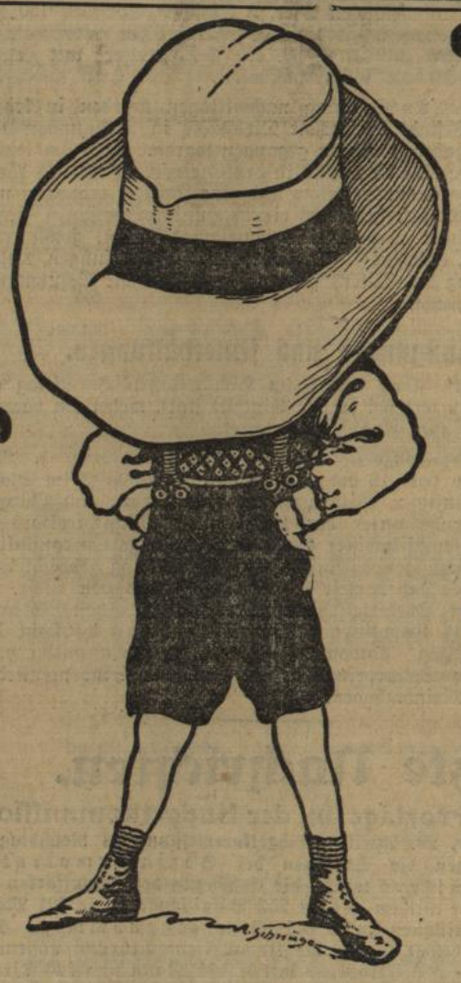
2 Bettstellen weiß emailliert, m. Bettrost, noch sehr gut erhalt., billig zu verk. **Sternbergstr. 21,** 2. St. links.

Moderne
Herren-Anzüge Mk. 20.— bis 50.—
Burschen-Anzüge Mk. 16.— bis 40.—
Sport-Anzüge für Touristen und Radfahrer
Einzelne Joppen aus Lüster, Loden u. Waschstoffen
Elegante Hosen und Westen.
Anzüge nach Mass 45.- 50.- 55.- 60.- etc.

Sonder-Angebot
zu Pfingsten
der Firma
Julius Löwe
Karlsruhe
25 Werderplatz 25.
Rabattmarken.

Die neuesten
Knaben-Anzüge in Blusen-, Sport- und 11 reihigen Jacken-Formen Mk. 3.50 bis 25.—
Knaben-Anzüge aus Waschstoffen Mk. 2.50 bis 12.—
Knaben-Blusen und **Hosen** M. 1.- bis 6.-
Kragen, Krawatten, Manschetten, Vorhemden, Hosenträger etc. etc.

700



Eleganteste Neuheiten in Formen und Geflechten.
Aparte Garnituren
Feinste erstklassige Fabrikate
In jeder Preislage, auch den billigsten, das Beste

Spezialität:
Gediegene vollkommene Männerformen
federleicht.

Herren-Stroh-Hüte

Wir eröffnen die Saison mit einer Auswahl von ca.

14000 Stück

(– Vierzehn Tausend –)

Stroh- und Panamahüten

für Herren, Knaben und Mädchen

Diese Auswahl spricht für sich selbst und die

Preiswürdigkeit.

Hut-Mode-Haus

Wilh. Zeumer

Kaiserstraße 125|127.

725

Die Restbestände

von

8600 Paar **Strümpfen** — **9500** Paar **Handschuhen** — **5000** Stück **Modewaren** — **5000** Meter **Spitzen und Stickereien**

aus meinem grossen **Handschuh-, Strumpf- und Modewaren-Verkauf** werden am

Mittwoch, den 30. ds. Mts. **zu extra billigen Restpreisen**

abgegeben. 729

Nur so lange Vorrat!!

Damen-Strümpfe	engl. lang, Paar jetzt	22 ₰
Damen-Strümpfe	Fil d'Ecosse, durchbrochen. Paar jetzt	60 ₰
Kinder-Söckchen	schwarz, weiss, lederfarb., jetzt Paar 45 35	25 ₰
Damen-Handschuhe	Leinen-Imit. Paar jetzt	38 ₰
Damen-Handschuhe	12 Knopf lang Paar jetzt	48 ₰
Lange Halbhandschuhe	Paar jetzt	28 ₰

Moderne Jabots	jetzt 95 35 15	5 ₰
Blusen-Kragen	jetzt 95 45 25	10 ₰
Damen-Krawatten	jetzt 45 25	10 ₰
Diverse Spitzen	Meter jetzt 35 18	8 ₰
Diverse Plains	Meter jetzt 95	75 ₰
Stickereien	Stück von 4,10 Meter jetzt 95 55	45 ₰

Ein Gelegenheitsposten
Selbstbinder
breite, offene Form, nur neueste, aparte Dessins, Stück 65, **55** ₰

HUGO LANDAUER

Kaiserstraße KARLSRUHE Lammstraße

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen, Zahlstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, das unerwartete, durch einen bedauerlichen Unglücksfall herbeigeführte Ableben unseres Kollegen

Karl Häge

Hilfsarbeiter in der Brauerei Printz, bekannt zu geben.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Mai, nachmittags 3 Uhr in Forchheim statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

715 **Die Ortsverwaltung.**

Großes Lager erstklassiger Fabrikate

in Rastatter und westfälischen Kochherden, Majolika, Emaille und lackiert, Hotel- und Restaurations-Anlagen, Gasherde und Oefen aller Art; Grudeöfen.

Koch-Geschirr

in Aluminium, Kupfer, Eisen-Zinn, „Sanas" und Felsen-Emaille.

Wasch-, Wring-, Mang- u. Messerputzmaschinen, Backöfen u. Badewannen

sowie alle Haushaltungs-Maschinen.

„Sanas", Selbstkocher, D. R.-P., Koch-, Back- und Brat-Apparat.

Komplette Küchen-Einrichtungen

liefere zu billigsten Preisen unter Garantie.

Neu zugelegt: 7561

Glas, Porzellan, Steingut, Markttaschen, Schul- und Aktenmappen.

Für Brautleute gewähre Extra-Rabatt.

Ernst Marx

Herd-, Ofen-, Küchen-, und Haushaltungsartikel-Magazin

Luisenstr. 45. **Karlsruhe** Luisenstr. 45.

Restauration Gut Schöneck Kurhaus

Fernsprecher 299. 738

Bei Mai-Ausflügen angenehmer Rastpunkt. — Für Vereins-Ausflüge geeignete Lokale und Garten vorhanden.

Anmeldung erwünscht. M. Schmitt, Gutspächter.

Drucksachen rasch und billig Druckerei Volksfreund.

Herd, gut erhalten, billig zu verkaufen. Hagsfeld, Blankenlocherstr. 26.

Was wir

der werten Kundschaft bieten, ist eine Auswahl von mehreren

1000 Herren-

Jünglings- u. Knaben-Anzügen von den einfachsten bis zu den hochmodernsten Qualitäten

Die Vorzüge

welche unsere Konfektion besitzt, sind:

Gute Paßform! Gediegene Qualitäten! Neueste Dessins!

zu überraschend **billigen Preisen!**

Prüfen Sie ohne Kaufzwang bei

Ornstein & Schwarz

Größtes Kaufhaus für eleg. u. gediegene Herren- u. Knabenkleider.

Mitglied des Rabatt-Sparvereins. 698

Reisekoffer, Reisekörbe, Schiffskoffer, Handtaschen, Handkoffer,

Kofferhaus Gesch. Lämmle

51 Kronenstraße 51. 5638

Zum sofortigen Eintritt werden noch einige 717

geübte **Sortiererinnen**

gesucht. Näheres Durlacherstraße 34, Lumpensortieranstalt.

Junge fleißige Frau sucht Beschäftigung in und außer dem Hause wie Flicken, sowie Anfertigen von Kinderkleidern.

Gefl. Offerten unter Nr. 100 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Küchenschrank, kleiner, gut erhalt., ist billig zu verkaufen. Wielandtstraße 22, 4. Stock.

Waldstr. 16/18. **COLOSSEUM** Telefon 1938.

Ab Donnerstag, 1. Mai 1913, abends 8¼ Uhr:

Gastspiel des Frankfurter Intimen Theaters „Trocadero".

Spielleiter: Schriftsteller Rich. Mans.
Art. Direktion: Jos. Juhasz. 673
Conferencier: Hermann Gersbach.

Hauptdarsteller: Hannah Wilfrid, Mary Christoph-Paris, Ardo Castello, Hedwig Danko, Hermann Gersbach, Richard Manz, Ernst Fredy, Charles Glück. Paul Hausmann-Remond am Flügel.

Grosser bunter Teil von nur erstl. Kräften dargestellt.

Jeden 5. Tag Programm-Wechsel.

Am Eröffnungstag: „Gefallene Mädchen". Satyre in 1 Akt von Hirschberg-Jura. „Das Scheidungssouper". Schwank aus dem Französischen von J. Horst. Beide Stücke in Wien, München und Frankfurt mit stürmischem Beifall aufgeführt.

Keine erhöhten Preise der Plätze: Klappsitz Mk. 2.20, num. Platz Mk. 1.70, 1. Platz Mk. 1.20, 2. Platz 80 Pfg., 3. Platz 40 Pfg. Vorverkauf für 1., 2., und 3. Platz bei den Cigarrengeschäften Meyle, am Marktplatz und Waldstrasse, Morlock, Kaiserstr. 75.

Telephonisch bestellte Eintrittskarten müssen ½ Stunde vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Mehl-Zentrale

Karlsruhe

Werderplatz 37 } Teleph.
Ludwigsplatz 65 } 484
Hardtstraße 7,
Waldhornstraße 48,
15 Rudolfstraße 15,
Ecke Ludwig-Wilhelmstraße.

Neu! Ane, Kaiserstr. 6. Neu!

Mehl

	5	12½	25 ℔
00:	ℳ 1.05	2.45	4.80
0:	„ —.95	2.35	4.60
I:	„ —.86	2.12	4.20
III:	„ —.76	1.90	3.80
VI:	„ —.68	1.70	3.40
Roggen I:	—.70	1.75	3.50

5 Pfd.-Säckchen . ℳ 1.05
10 „ „ „ 2.10
25 „ „ „ 4.80
Grahammehl Pfd. 20 ₰
5 „ 93 „

Garantiert reines deutsches

Schweineschmalz

1 Pfd. 76 ₰
bei 5 „ 74 „
„ 9 „ 73 „ (in Eimer)

Pflanzenfett

gelb per Pfd. 58 Pfg.
weiss per Pfd. 56 Pfg.

Margarine-Butter

Marke Sennerei, per ℔ 90 ₰
„ Frauenstolz „ „ 80 „

Ferner 694

Sanella u. Palmin

in ½ u. 1/1 Pfd.-Packungen.

Alles in nur bester Ware in der

Mehl-Zentrale

Aussteuer-Woche

Solange Vorrat! **Haushalt-Waren.** Solange Vorrat!

Porzellan.

Dessertteller	Stück	28	18	13	9 ₰
Gemüseschüsseln	St.	85	60	45	32 ₰
Fleischplatten	Stück	65	45	32	26 ₰
Suppenterrinen	St.	1.25	95	68	48 ₰
Saucieren	Stück	1.10	85	68	45 ₰

1 Extra-Posten **Kaffeeservice** für 6 Pers. mit Blumendecor Stück 4.75 3.50 **1.95**

Beilageschalen	Stück	48	32	22	18 ₰
Kaffeekannen	Stück	55	45	35	28 ₰
Milchtöpfe	Stück	45	25	15	10 ₰
Tassen mit Untertassen	St.	32	28	24	₰
Tassen mit Untert. u. Goldrand,	St.	32	25		₰

1 Extra-Posten **Waschgarnituren** regulär bedeutend höher Stück 5.75 4.75 **3.25**

Kuchenteller m. mod. Blumendec.		38	28	₰
Teetassen m. Untert. u. mod. Dec.	St.	32		₰
Teller, tief und flach	Stück	24		₰
Gemüseschüssel, gross	Stück	45		₰

Küchengarnitur bestehend aus: 1 Etagère, 6 Gemüsetonnen, 6 Gewürzton. 1 Salz-Mehlmetze, Essig- u. Oelkrug. zus. **8.75**

Glaswaren.

Glasschalen	Stück	28	12	9	₰
Bierkrüge	Stück	68	48	32	₰
Salzbehälter	Stück	15	10	7	₰
Bierbecher	Stück	16	13	9	₰
Wassergläser	Stück	14	10	5	₰
Likörgläser, auf Fuss	St	28	16	8	₰
Bierbecher, geschliffen	Stück	32	28		₰
Weingläser, auf Fuss	Stück	12	9		₰
Weingläser, auf Fuss, ½ Kristall	Stück	25	18		₰
Weingläser, a. Fuss, geschl.	St.	32	28		₰
Glasteller, m. mod. Pressung	St.	9	5		₰
Teebecher, mit Mattband	Stück	12			₰
Citronenpressen	Stück	10			₰
Lichtmanschetten	Stück	8			₰

Steingut.

Gemüseschüsseln	Stück	35	25	15	₰
Salzmetzen	Stück	1.35	95	50	₰
Dessertteller	Stück	9	8		₰
Satzschüsseln	6 Stück	95			₰
Teller, tief und flach	Stück	10			₰
Tassen	Stück	9			₰

Emaille.

Fleischtöpfe, grau oder blau,	St.	52	42	35	₰
Fleischtöpfe, grau oder blau,	St.	95	75	62	₰
Kaffeekannen	Stück	68	60	48	₰
Kaffeekannen	Stück	1.35	1.10	88	₰
Teekannen	Stück	1.60	1.30	98	₰
Ringtöpfe	Stück	1.25	85	68	₰
Milchtöpfe m. Ausguss,	St.	68	45	32	₰
Nudelpfannen	Stück	48	32	25	₰
Milchträger	Stück	1.25	1.05	85	₰
Salatseiher	Stück	1.25	1.10	85	₰
Teigschüsseln	Stück	1.35	95	78	₰
Omelettpfannen	Stück	55	38	32	₰
Löffelbleche, weiss,	St.	2.25	1.75	1.25	
Seife, Sand, Sodagestelle	Stück	2.25	1.75	1.25	
Toiletteeimer m. Deckel	St.	2.25	1.35		
Salzmetzen	Stück	95	58		₰
Eimer, 28 cm gross	Stück	88			₰
Zwiebelgestelle, weiss	Stück	1.10			

Auf **braunes Emaillegeschirr und Zinkwaren** **10 % Rab.**

Bürstenwaren.

Bodenbesen, Borst.,	Stück	1.35	95	78	₰
Bodenbesen, Rossh.,	St.	2.25,	1.95	1.65	
Handfeger, Borsten	Stück	68	58	45	₰
Handfeger, Rosshaar,	Stück	1.10	98	85	₰
Schrubber	Stück	45	38	28	₰
Möbelbürsten	Stück	85	65	38	₰
Wichsbürsten	Stück	58	38	28	₰
Kleiderbürsten	Stück	85	45	28	₰
Gläserbürsten	Stück	35	28	12	₰
Teppichklopfer	Stück	45	38	32	₰
Putzbürsten	Stück	28	24	18	₰

Wirtschaftsartikel.

Küchenwagen mit Regulierschraube		3.25	2.25	1.75
Fleischmaschinen,	Stück	4.90	3.75	2.75
Kaffeemühlen	Stück	2.25	1.25	85 ₰
Mandelmühlen	Stück	2.50	1.95	1.35
Stahlbügeleisen	Stück	2.95	2.35	1.95
Kohlenbügeleisen	Stück	3.25	2.50	
Gaseisen	Stück	1.10	95	78 ₰
Briefkasten	Stück	88	65	45 ₰
Deckelhalter	Stück	90	58	35 ₰
Kaffee- u. Zuckerdosen,	St.	45	25	20 ₰

Konfitüren

Husten-Melange ½ Pfd. 20 ₰
Saure Bonbons ½ Pfd. 20 ₰

Rahmbonbons ½ Pfd. 16 ₰
Milch-Chocolade Tafel 18 ₰

Haushalt-Chocolade Pfd. 75 ₰
Crême-Pralinés ½ Pfd. 35 ₰

Kakao garantiert rein Pfd. **72** ₰

:: Schriftliche Bestellungen :: finden schnellste Erledigung.

Schmoller.

Besichtigen Sie bitte unsere Schaufenster!

Ausserordentlich billiges Angebot!

1 Posten **Herren-Hemden** mit eleganten Einsätzen **1.65 1.95 2.25**

Macco-Hemden, Hosen und Jacken in allen Grössen.

Herren-Socken 18 30 45 ₰
Kinder-Söckchen von 33 ₰ an
Damen-Strümpfe, schwarz und braun . . . . . Paar 50 ₰
Kinder-Strümpfe von 36 ₰ an

Schürzen f. Damen u. Kinder aus Waschstoffen u. Lüster in grösst. Auswahl **enorm billig.**
Beachten Sie mein Schaufenster!

Wasch-Unterröcke in eleganten Ausführungen **1.50 2.20 2.80 3.50**

Weisse Untertaillen 60 70 95 ₰
Damen-Hemden 1.35 1.65 1.85
Beinkleider 1.25 1.35 1.75
Nachtjacken 1.25 1.65 1.90

Julius Löwe

Karlsruhe 25 Werderplatz 25.
Rabattmarken. 701

Schuhwaren-Reklameverkauf

zu bedeutend ermässigten Preisen.

Durch diese Veranstaltung bieten wir unserer geehrten Kundschaft und denen, die es werden wollen, **enorme Vorteile.**

Es kommen grosse Posten in **Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel,** sowie **Halbschuhe und Sandalen,** in den neuesten Formen und Ausführungen, **zu außergewöhnlich billigen Preisen** zum Verkauf.

Anbei einige Beispiele:

Damen-Halbschuhe mit Derby und Lackkappen Mk. **4.95**
Damen-Stiefel mit Derby und Lackkappen Mk. **5.45**
Damen-Knopfhalbschuhe, in Lackleder Chevreaux, Wildleder und Rips **10.50 8.50 7.90 6.90 5.90 4.95** u. **3.90**

Herrenstiefel mit Derby und Lackkappe Mk. **6.75**
Braune Herrenstiefel echt Boxcalf Mk. **9.50**
Herren-Lackstiefel aus einer erstklassigen Fabrik (Goodyear Welt) Mk. **9.50**

Kinderstiefel, Rindbox . . . . . Nr. 31—35 Mk. **3.90,** Nr. 27—30 Mk. **3.40**
Kinderstiefel (braun), echt Chevreaux Nr. 25—26 Mk. **3.25,** Nr. 22—24 Mk. **2.75**

Sandalen, Segeltuchschuhe, Arbeiter-Stiefel, sowie alle anderen Artikel während dieser Zeit **enorm billig.** 688

Schuhhaus Hansa, Karlsruhe

Ecke Markgrafen- und Kronenstrasse.

Weißwein (Panades) Literfl. **70** ₰
Weißwein (Oberhardter) Literfl. **90** ₰
Weißwein (Kaiserstühler) Literfl. **1.20** u. **1.40**
Rotwein Literfl. **70** ₰
Rotwein (Oberhardter) Literfl. **90** ₰
Flaschenpfand 15 Pfg.
empfiehlt 733

Gottl. Schöpf
in seinen sämtlichen Filialen. 733
Büro und Lager **Luisenstraße 34.**
Telephon 2826.
Rabattmarken.

Kinderliegwagen fast neu, ist billig zu verk. **Werderplatz 42** IV.

Lieg- u. Sitzwagen, gut erhalt., billig zu verkaufen. **Mühlburg,** Glümerstr. 4, 2. St. r.

Stuhlflechterei **K. Lauinger,** Marienstr. 75, 4.

In

Bett-, Tisch- und Leibwäsche

Herrenhemden, Kragen, Manschetten
Trikotagen, Hosenträger, Cravatten

empfehle ich reichste Auswahl. Sie geniessen bei mir unbedingt Vorteile, weil beste Fabrikate.

Karl Holzschuh, Filiale Oertel
Werderstrasse 48. 723
Rabatt-Marken.

Durlach
Zum Umzug 2 Rollen zu verleihen.
K. Gehring, Dienstmann, Eisenbahnstraße 12.

Zu verkaufen: Schöner Plüschdiwan 35 Mk., Vertiko 25 Mk., Nachttisch 3 Mk., schöner Chiffonnier, kompl. fast neues Bett, Stühle, alles sehr billig. 734 **Uhlandstr. 12,** part.

Zapf's Schweizer Viehpulver ist ein

unersetzliches Mittel zur Aufzucht von Jungvieh und Fohlen. Wer probt — lobt!

Gute Milchziege zu verkaufen. **Karl Eschbach, Forchheim.**

Heckkäfig schönes großes, zerlegbar, ist billig zu verk. **Winterstr. 42,** Hth. III r.

Herren- u. Knaben-Strohhüte in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Th. Zenker **Kaiserstr. 65** beim Polytechnikum

Gewerkschaftshutmacher.